

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsl. Nr. 4627) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. zzgl. Postgeld.

Redaktion: Tautscher Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5spaltige Zeitspalte oder deren Raum mit 25 Pfg. für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tautscher Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Das Kartellkartell.

* Leipzig, 16. April.

Alles konzentriert sich im Zeitalter des Verkehrs, und so ist geschehen, was längst zu erwarten war: Die Syndikate und Kartelle der deutschen Großindustriellen wollen sich verbinden. Ein Ungetüm von Kartellkartell soll geschaffen werden, das seine zahllosen Fangarme über das ganze deutsche Vaterland vom Fels zum Meer ausstreckt und den Konsumenten festhält. Denn daß eine Preis-treiberei en gros und in ein bestimmtes System gebracht, dabei im Spiele ist, das versteht sich von selbst, und die Dividendenschlucker allerwärts werden sich die Hände reiben in der freudigen Hoffnung, daß man im Kartellkartell nur auf den Knopf zu drücken braucht, um die Millionen heraus und in die Tasche der Beteiligten hinein springen zu lassen.

Man steht wiederum, wie weit die Kartelle von ihrem nach den Behauptungen naiver Professoren „eigentlichen“ Beruf entfernt sind, der darin bestehen soll, daß sie „die Produktion regeln“, d. h. einen Ueberblick über den Bedarf gewinnen und damit die Ueberproduktion vermeiden sollen. Von alledem hat der große Bueck in seiner Begründungsrede kein Sterbenswörtchen gesagt. Denn der Centralverband der deutschen Industriellen hat natürlich in dieser Sache die Initiative ergriffen und Herr Bueck hat offen erklärt, daß das bekannte Cirkular des Handelsministers Müller die Ursache sei, daß man die Versammlung von Delegierten der Syndikate und Kartelle einberufen habe. Zwar wird die von dem langen Müller veranstaltete „Umfrage“ den Kartellen ganz gewiß nicht wehe thun; es sollen ja auch nur die Regierungspräsidenten „nach den Alten“ berichten und in deren Alten steht gewiß gar nichts von den Dingen, die für das Treiben der Kartelle so charakteristisch sind. Aber unsere industriellen Ueberwachungsleute sind in solchen Dingen gerade so empfindlich wie die Junker; wenn man den letzteren mit der Laterne einer staatlichen Untersuchung in die dunkeln Winkel ihres patriarchalischen Paradieses hineinleuchtet, so fürchten sie, daß dort allerlei Fledermäuse aufklappen werden, die ihnen weder zum Ruhme noch zum Vorteil gereichen. Die Kartellproben wollen ganz nach den sich bekanntlich intim berührenden Grundfragen der Manchestermänner und der Anarchisten dem Staate keinen Eingriff in die Kartellverhältnisse gestatten. „Ich soll meinen Willen schnüren in Gesetze?“ ruft trotzig Karl Moor in den Räubern, diesem großen Pronunciamiento eines unbändigen Anarchismus. Die Kartellisten drücken sich vorsichtiger aus — aber auch sie bestreiten dem Staate das Recht, sie zur Unterordnung unter seine Gesetze zu

zwingen, wenn sie auch sonst mit Karl Moor nicht in Parallele zu stellen sind. Wenn die Gesetzgebung wirklich in das Kartellwesen eingreifen sollte, meinte Herr Bueck, dann muß dahin gewirkt werden, daß sie „mit den Interessen des Kartellwesens vereinbar“ bleibe. Das ist deutlich und enthält eine Ablehnung einer jeden derartigen Gesetzgebung, denn eine solche hat die Interessen der Gesamtheit zu wahren und nicht die Interessen einzelner Gruppen. Die Interessen der Kartelle sollen, wenn die Regierung etwas gegen dieselben unternimmt, „ganz energisch“ wahrgenommen werden, sagt Herr Bueck. Nun, man wird diesen Wink mit dem Raumsprahl verstehen. Herr Bueck, einer der Felden der 12000 Mark-Waite, wird mit der Regierung nicht gar sauberlich umspringen, wenn er ihr Unannehmlichkeiten bereiten oder gar über die freundschaftlichen Beziehungen einzelner Staatsmänner zu den Großindustriellen Intimes ansplandern kann.

Die Herren stellen sich über den Staat; hier haben wir in schönster Form die Verwirklichung der manchesterlichen Theorie, daß der Staat die Pflicht habe, den Nachtwächter des Großkapitals zu machen. Das wird mit einer Dreistigkeit verkündet, die ihresgleichen sucht, und zwar von denselben Elementen, die zu gleicher Zeit in ihren Organen unaufhörlich ein Gebrüll nach Ausnahmegesetzen gegen die „staatsfeindliche“ Sozialdemokratie erstimmen lassen.

Das Kartellkartell ist aber nicht nur eine umfassende Organisation für Preissteigerung und Schröpfung der Massen — es richtet sich auch gegen die Arbeiter. Es ist eine Gewerkschaftsunion der Unternehmer und seine Macht wird sich bald fühlbar machen bei den Lohnbewegungen und Umständen der Arbeiter. Der Centralverband will sich einen neuen Hammer schmieden, den er drohend auf den Ambos, Arbeiterschaft genannt, niederfallen lassen kann. Hoffen wir nur, daß diese Centralisation der Arbeiter vor allen Dingen vor Augen führt, was vereinte Kräfte bedeuten, so daß sie dem Kartellkartell gleichfalls geschlossene, große, nach einem gemeinsamen Plane handelnde Organisationen entgegenstellen können, Organisationen, die im Interesse der Gesamtheit der Ausschöpfung der Massen eine Grenze zu ziehen stark genug sind.

Das Kartellkartell hat freilich, wie das ganze Kartellwesen überhaupt, eine sehr schwache Seite. Nicht umsonst haben die hochschützöllnerischen Schlotjunker sich so eng mit den hochschützöllnerischen Schlotjunkten verbündet. Die Kartelle, die wie die Agrarier ihren Vorteil in erster Linie aus dem Inlande ziehen wollen, bedürfen hoher Schutzölle; sonst können sie nicht bestehen. Ihr Ideal, die schrankenlose und völlig willkürliche Preisbestimmung, können sie überhaupt erst erreichen, wenn die ausländische Konkurrenz völlig abgesperrt ist.

Die Herren Kartellproben wollen also zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen; sie wollen die Regierung einschüchtern, indem sie ihr das Ungeheuer „Central-Kartell“ drohend gegenüberstellen, und sie wollen die günstige Situation, die ihnen der nach dem Herzen der Agrarier zugestufte Zolltarif bieten würde, möglichst ausnützen. Sie gedenken einen großen Fischzug zu thun.

Die Gründung des Central-Kartells beleuchtet wie mit einem grellen Schlaglicht die eminenten Gefahren der gegenwärtigen Hochschützöllnererei.

Schlotjunker und Krantjunker strengen sich aufs äußerste an, eine „Preisdictatur“ zu schaffen und sich damit unermeßliche Gewinne zu sichern auf Kosten eines Volkes, das in seiner großen Masse zu einem Dasein verurteilt ist, das sich wie ein schneidender Hohn auf die Kulturhöhe des Jahrhunderts ausnimmt.

Die Strömungen gegen die Kartelle sind Herrn Bueck wohl bekannt; er befürchtet, sie möchten die Regierungen doch noch zu einer Aktion gegen die Kartelle drängen. Nun, die Gründung des Central-Kartells wird diese Strömungen ungeheuer stärken; das in allen seinen Lebensbedingungen bedrohte Volk wird förmlich dazu getrieben, sich zusammenzuscharen gegen solche Erscheinungen einer Klassenherrschaft, die zur Unerträglichkeit wird.

Die nächsten Wahlen werden ein Bild davon geben, wie die Wirkungen dieser Anmaßungen des Großkapitals sind. Denn nicht die Arbeiter allein — auch zahlreiche bürgerliche Elemente werden die drohende Gefahr erkennen und ein Unheil abzuwenden suchen, das auch sie betrifft.

Die Kartelle thun alles, um die Schäden der heutigen Produktionsform möglichst grell zu beleuchten. Möge das schließlich zum Heil der Unterdrückten ausschlagen!

Politische Ueberfahrt.

Ein politisches Attentat.

Aus Petersburg kommt die Kunde, daß gestern nachmittag 1 Uhr in der Vorhalle des Reichsratsgebäudes auf den Minister des Innern ein Mordanschlag verübt worden ist. Der Thäter verübte mit der Waffe fast die Person des Ministers; dieser verschied um 2 Uhr.

Eine ausführliche Meldung besagt: Der ermordete Minister des Innern, Sijjagin, hatte das Reichsratsgebäude betreten, um sich in eine Sitzung des Ministerkomitees zu begeben. Der Mörder, welcher kurz vorher in einer Equipage eingetroffen war, wartete auf den Minister und übergab ihm das Schreiben. Als der Minister das Schreiben entgegennahm, feuerte der Ueberbringer vier Schüsse auf den Minister ab und verwundete ihn schwer. Der schwer Verwundete wurde alsbald in das nahe gelegene Maximilianowski-Hospital gebracht und verschied

Seuilleton.

Niobe.

Roman aus der Gegenwart von Jonas Lie.

Der kalte Raum war finster; man gewahrte in der Dunkelheit nur die drohenden Umrisse des eisernen Bess.

Der Druck ward stärker und stärker. . . Da war Endre; sie bedurfte all ihrer Willenskraft, ihn auf seiner neuen Bahn zu stützen.

Und da war Njel. . . Kannte sie sie? — Wußte sie, was sie glaubten und dachten? Besaß sie ihr Vertrauen?

Satte sie im Grunde nicht schon längst auch diese verloren, — ihre beiden ältesten Söhne?

Es fiel ihr ein, wie jeder auf seine Art schwieg und lächelte, wenn sie sich über irgend etwas warm rebete.

Wie bitter war Endre nicht gegen den Vater. . . Jetzt konnte sie noch Arnt und Massi verlieren!

In ihrer ratlosen Angst fühlte sie nur eins: daß sie retten wolle und müsse, was noch zu retten sei. Wie ein Rotschrei entrang es sich ihrer Brust — sie wollte nicht noch mehr verlieren — nein, nicht noch mehr!

Unruhig ging sie umher, als suche sie etwas in dem kalten Saal. . . Hatten sie den Kindern zu wenig Freiheit gelassen? Waren sie nicht menschlich vertraulich genug gegen sie gewesen?

Sie selber war doch eingenommen von allen Ideen der Neuzeit — hoffte so sehr auf bessere Zustände. Wenn es aber schließlich gar zu schwer. . . die Ideen waren gleichsam noch nicht Brauch geworden.

Vor dem Glaschranke, in dem alle Apothekersachen des Doktors aufbewahrt wurden, stand sie stille — und ließ das Licht geistesabwesend über die vielen Pakete, Krufen, Flaschen und Schachteln gleiten, als studiere sie die Aufschriften. Dann plötzlich leuchtete es auf in Frau Ventes Antlitz. . . Von morgen an wollte sie sich auf das „Zwanzigste Jahrhundert“ abonnieren. Und gelegentlich könnte man dann Minka fragen, ob sie nicht Lust zum Schriftstellern verspüre.

Sie schritt langsam vorwärts bis zu dem zusammengeklappten Spieltisch und nickte zu ihren eigenen Gedanken. In dem dunklen Raume bildeten die Möbel, auf die sie den Leuchter niederlegte, kleine helle Flecke.

Ein Gefühl der Beruhigung überkam sie. . . Wie doch alles so zur Nachtzeit ungeheure, übertriebene Dimensionen annahm. . .

Natürlich — sie hatte am Abend wegen all der Unruhe mit der Gouvernante nichts essen können. . . man schläft niemals gut mit einem leeren Magen. . .

Wenn sie jetzt in die Speisekammer hinunter ginge und sich ein Butterbrot striche!

Das Licht verschwand danach draussen im Korridor. . .

In einem kühlen Sommermorgen fuhr der leichte Wagen des Doktors schon frühzeitig zum Hofe hinaus. Das Mädchen begann die Fenster des Studierzimmers zu putzen und andere häusliche Arbeiten zu verrichten,

die man stets während seiner häufigen Abwesenheiten in Angriff nahm.

Das zum Vorscheinkommen Schulteif' unten in den Zimmern hing eng mit diesen Abwesenheiten zusammen. Er war stets nervös in Gegenwart des Doktors, ja sogar dann, wenn er nur ihn im Hause wußte.

War er aber fortgefahren, dann konnte er sich — die Hände in den Westentaschen vergraben — in allen Zimmern herumtreiben — oder er spazierte draußen auf dem Hofe — stand und startete den Schleifstein an, der von einem der Knechte gedreht ward, schaute in den Holzstall, wo der Hofjunge Späne hatte, machte kurze ironische Bemerkungen über die Einzäunung des Schweinestalls, oder philosophierte vor dem Ziegenbock.

Unten im Garten ward in aller Eile gejätet und begossen, während der Morgen noch etwas Schatten gab und Schulteif balanzierte, in Betrachtungen verfunken, mit präcisen Schritten auf einem Balken, der dicht an der Mauer lag. Da trat Minka eilig aus der Gartentpforte und kam auf ihn zu.

Erst nahm er einen Anlauf, bis ans Ende des Balkens zu gehen, that aber danach einen Sprung, der in einer tiefen Kniebeugung endigte.

„Schulteif“ — begann sie eifrig, — „ich hoffe, Sie vergessen nicht, dem Postboten aufzupassen, noch ehe Njel dazu kommt. Sie wissen ja, er geht immer vorher hinunter und revidiert alles.“

Schulteif antwortete nicht. Sein stilles, selbstbetruhtes Lächeln sagte zur Genüge, daß seine Achtsamkeit über jeden Zweifel erhaben sei.

„Es muß fast zehn Uhr sein und Sie gehen noch immer hier?“

(Fortsetzung folgt.)

10] Nachdruck verboten.

trop ärztlicher Hilfe nach etwa einer Stunde. Der Mörder wurde sofort verhaftet.

Gegen 1 Uhr mittags übergab ein in Adjutantenuniform gekleideter Unbekannter dem Minister bei dessen Ankunft im Vestibül des Reichstagsgebäudes ein versiegeltes Couvert mit der Bemerkung, er habe es im Auftrag des Fürsten Sergejew zu überbringen. Im selben Augenblick gab der Unbekannte vier Schüsse auf den Minister ab und traf denselben tödlich. Der Mörder wurde festgenommen und giebt an, Vassiljanow zu heißen. Er behauptet, als Student der Univerfität Kiew bei den vorjährigen Unruhen gemahrgesetzt worden zu sein und dadurch den Mordplan gegen den Minister gefaßt zu haben. Der Mordtäter leistete bei der Verhaftung keinen Widerstand.

„Der Despotismus, gemildert durch den Mord.“ — so wurde die Verfassung des halbasiatischen Zarenreichs schon zu Zeiten gekennzeichnet, als Palastrevolutionen und Kamarillaverschwörungen von Zeit zu Zeit die heiße Hölle angemessener temperierten und das Wort noch Geltung hatte, daß selten ein Herrscher aus dem Hause der Romanows eines natürlichen Todes sterbe. Seitdem in Rußland politische Bewegungen existieren, hat sich der politische Mord als ständige Institution eingebürgert, schon aus dem einfachen Grunde, weil das Attentat das einzige und letzte Ventil bleibt, durch das die gespannte Atmosphäre explodieren kann. Was anderswo Wahlbewegungen und Parliamente, politische Kundgebungen und Veröffentlichungen der Presse sind, das ist in Rußland, wo es kein Wahlrecht giebt, wo jede Straßendemonstration von Kofaken niedergeknüttelt wird und verhaftete Studenten mit der Kante bearbeitet werden, wo man die politischen Gefangenen mit bestialischer Rohheit zu Tode foltert und jeder Schrei der Unterdrückten wie in einem luftleeren Raume verhallt, das Attentat, der politische Mord. Und zwar richtet es sich im heutigen Rußland, wo der modernisierte Despotismus durch Polizei und Gendarmerie allgegenwärtig ist, gegen jedes Organ des Systems, am liebsten gegen eine weithin sichtbare Spitze mit umfassender Verantwortlichkeit. Das Attentat ist dort das einzige und letzte Mittel der politischen Demonstration und des politischen Bekenntnisses; es terrorisiert die Machthaber im Zarenreiche, und die Kunde von einem Attentat gegen einen hohen Würdenträger läßt sich nicht unterdrücken und verunsichern, wie so und so viele barbarisch niedergelagerte und niedergedrückte öffentliche Kundgebungen. Der Mord aus unpersönlichen, idealen Motiven wird politisches Kampfmittel, und die Attentäter erwingen sich das Bürgerrecht unter den Volksbefreier. So hat das deutsche Bürgertum wohl ein halbes Jahrhundert die That des Studenten Sand gefeiert und sein Andenken trotz aller Demagogenerfolgungen als das eines politischen Märtyrers hochgehalten; so haben einst die russischen Geschworenen Wera Cassinitsch von der Anklage des Mordes freigesprochen, nachdem sie den Kommandanten Trepow, der ihren Bräutigam im Gefängnis hatte peitschen lassen, mit einer Kugel niedergestreckt. Unter dem System des Despotismus ist es denkbar, daß der politische Mord eine mehr oder weniger unentbehrliche gesellschaftliche Funktion bekommen kann.

Noch ist nicht amtlich festgestellt, welches Motiv dem Attentäter die Mordwaffe gegen den russischen Minister des Innern in die Hand gedrückt hat. Allein im Zusammenhang mit all den Vorgängen der letzten Wochen, mit der blutigen Niederwerfung der Studentenunruhen und der Arbeiterdemonstrationen, mit den bestialischen Schenkschreien gegen politische Gefangene, deren Verzweiflungsschreie sogar durch die russischen Gefängnismauern und die russischen Grenzordnungen drangen, ist dieses Attentat auf den verantwortlichen Träger des ganzen Systems zweifellos als eine politische Verzweiflungstat zu betrachten. Wohl möglich, daß auch persönliche Motive mit unterlaufen, daß, wie im Fall Wera Cassinitsch, der Attentäter einen lieben Angehörigen rächen zu müssen glaubte; doch kann dies für die Beurteilung der That nicht ausschlaggebend sein. Dieser Mord richtet sich gegen den Massenmörder im Amtskleid; das Verbrechen wird die letzte Waffe gegen die hochbestalteten Massenverbrecher, die ein ganzes Volk erdroffeln wollen; die That ist ein gewalttätiger, revolutionärer Appell an das Naturrecht gegen die Gewalt Herrschaft der staatlichen Autorität. Als solche ist sie politisch zu verstehen und menschlich zu begreifen und zu entschuldigen, auch wenn man sie nicht billigt.

Auf dem toten Punkt.

In Belgien sammeln beide Teile, die liberale Parteiregierung wie die revolutionäre Arbeiterpartei, ihre Kräfte zur letzten Entscheidung. Man hat das Empfinden, daß man vor einem Wendepunkt in der Geschichte Belgiens steht, daß augenblicklich Revolution und Gegenrevolution ihre Kräfte völlig entwickelt haben und daß es von einer vielleicht unscheinbaren, zufälligen Kleinigkeit abhängen kann, wohin Sieg oder Niederlage fallen. Die Ereignisse sind in diesem Moment auf dem toten Punkt angelangt, wo sich die beiderseitigen Energien ausgleichen und in der Wirkung aufheben und wo ein minimaler Kraftzuwachs für die eine Seite genügt, um die Kraft des Gegners zu brechen.

Die liberale Parteiregierung ist entschlossen, diese Situation auszunutzen und dem verhassten und gefürchteten Gegner, dem Sozialismus, eine zerschmetternde Niederlage beizubringen.

Die Sozialisten sind sich des Ernstes der Lage voll bewußt und machen ihre ganze moralische Autorität geltend, um die Bewegung in der Hand zu behalten und die darin aufgespeicherte Wucht und Stoßkraft einheitlich und planmäßig zu dirigieren. Es mag in diesem Augenblick größere Umsicht und stärkere Nerven erfordern, den Ueberblick und die Disposition über die Bewegung nicht zu verlieren, als den Mäandern des Gegners zu begegnen. Die in der Bewegung des Massenstandes angefallene Energie ist der organisierten Staatsgewalt überlegen, wenn sie selbst die Disziplin und die Ausdauer besitzt, sich in ihrer ganzen vollen Wucht geltend zu machen. Die intellektuelle Schulung und moralische Manneszucht der belgischen Arbeitermassen, die Frucht einer 25-jährigen Aufklärungs- und Organisationsarbeit, muß sich jetzt bewähren.

Am schwierigsten ist wohl die Beeinflussung der Mittläufer, wie diese bei jeder revolutionären Bewegung austreten und Blüthenleien und Zusammenstöße herbeiführen, die von unübersehbaren Folgen sein können. Der Peuple ruft diesen Clementen zu:

Vermeidet die Meuteleien um jeden Preis! Eure Führer wollten lieber sterben als nachgeben, aber sie wollen nicht, daß die Arbeitermassen sich nutzlos in einem ungleichen Kampfe töten lassen! Sie wollen nicht, daß die gesamte große, hartnäckige und streikfähige Arbeit von zwanzig Jahren der Agitation und Organisation kopfent, vernichtet und in Blut ertränkt werde. Da wir nicht mehr im Jahre 1848 leben, wo ein revolutionärer Aufstand noch siegen konnte, so müssen wir zum allgemeinen Zustand unserer Zukunft nehmen! ... Man will uns ermorden. Verbreiten wir den Tod im Lande, indem wir zu Hause bleiben. Raßt alle Fabriken und

Bergwerke still stehen. ... Die Rettung liegt im allgemeinen Ausstand!

Und Wandervelde sprach es in einer großen Versammlung in Anderlecht, einer Vorstadt von Brüssel, aus, es gelte jetzt, die Antwort der Regierung abzuwarten; um diese zu erfahren, solle sich eine große Menschenmenge am Mittwoch abend vor der Deputiertenkammer einfanden. Verharre die Regierung beim Widerstande, so solle bis zum äußersten durch das Mittel des Aufruhrs um die Verfassungsrevision gekämpft werden.

Die belgischen Arbeiter sind in diesem großen Entscheidungskampf ganz allein auf sich selbst angewiesen. Das beweist der Verlauf der gestrigen Sitzung in der Kammer. Dort gab namens der liberalen Linken der Abgeordnete Neusean eine Erklärung ab, in welcher es heißt, die liberalen Linken erkennen die Notwendigkeit einer Revision der Verfassung an, verurteilen aber von vornherein jede Gewaltthätigkeit. Die Zeit sei ernst und das Land sei vom Bürgerkrieg bedroht. Die liberale Partei sei entschlossen, die Revision der Verfassung auf dem Wege der Ordnung und der Gesehmäßigkeit zu erstreben. Auf eine Frage bezüglich der Auflösung des Parlaments erwiderte der Ministerpräsident, die Auflösung der Kammer erfolge gemäß Artikel 71 der Verfassung durch das Staatsoberhaupt. Das Land müge vor gewissen Gerichten von Konzeptionen auf der Seite sein, keines derselben sei richtig. Der liberale Fanson konnte in dieser Erklärung der Regierung in Anbetracht des Ernstes der Lage nichts Beruhigendes finden. Dem Wunsche der Auflösung der Kammer werde von seiten der Regierung Widerstand entgegengesetzt. Die Kammer könnten aber durch eine Tagesordnung den König bitten, ein anderes Ministerium zu ernennen. Woeste (Klerikal) erklärt, von Bürgerkrieg könne keine Rede sein, Pflicht jedes guten Bürgers sei zu wünschen, daß die Ordnung wieder hergestellt werde. Die Klerikalen würden nicht abhandeln. Der Präsident erklärte hierauf den Zwischenfall für erledigt.

Die Liberalen möchten in ihrer Eeelenangst am liebsten die ganze Entscheidung verlagern und den jetzigen Nachtkampf in einer Auflösung der Kammer und Neuwahlen verpuffen lassen. Die siegesichere Dickköpfigkeit der Klerikalen will sich aber dazu nicht verstehen; sie glauben, die Kämpfe nun alle zusammen im Saal zu haben und wollen sie darum auch christlich erkämpfen.

Zwischen verbreitet sich der Generalausstand über das ganze Land. In Brüssel streiken laut Polizeibericht 80 Proz. aller Arbeiter; nur das unabhängige Syndikat der Buchdrucker (!) hat sich öffentlich von der gemeinsamen Aktion der Gesamtarbeiterpartei losgesagt. Auch auf die Vororte und die kleineren Industriestädte hat der Ausstand übergreifen. In den Kohlengruben des Bassin von Charleroi sowie in den Maschinenfabriken und anderen Industriezweigen ist, mit wenigen Ausnahmen, der Ausstand allgemein. Die Zahl der streikenden Arbeiter beträgt 50000; sie durchziehen truppweise ruhig die Straßen. Die Nacht ist ruhig verlaufen. Die Arbeiterführer haben empfohlen, Unruhen zu vermeiden und sich des Alkohols zu enthalten.

In Lüttich und Umgegend streiken 3000, in La Louvière 25000 Arbeiter. In Antwerpen haben sich sämtliche Cigarrenmacher und 1600 Metallarbeiter dem Ausstand angeschlossen. In Herstal streiken die 1500 Arbeiter der staatlichen Waffenfabrik. In Namur attackierte die Polizei friedlich passierende Demonstrationstrupp der Arbeiter und provozierte dadurch einen ernstlichen Zusammenstoß. Der offiziöse Telegraph kann mit Vermuthung von einigen zerbrochenen Fensterscheiben berichten.

Das international-sozialistische Bureau hat gestern einen Aufruf an die Solidarität aller internationalen Arbeiter zum Zwecke moralischer und materieller Unterstützung der belgischen Genossen erlassen. Selbst in einigen bürgerlichen Kreisen hat der Ausstand Sympathien. So wird berichtet, daß die meisten Arbeitgeber der Brüsseler Metallindustrie die Ausstandsbewegung ihrer Arbeiter unterstützen und hohe Löhne zahlen.

Der Kutsch- und Trambahnverkehr stößt vollständig. Nach einer summarischen Schätzung in den Hauptgebieten der Großindustrie in den Provinzen beträgt die Zahl der Ausständigen in Charleroi 50000, im Bassin du Centre 25000 bis 30000, im Borinage 25000, in Lüttich 30000 und in Verbiers 8000 Arbeiter.

Eine letzte Meldung aus Brüssel besagt: Wandervelde habe gestern an die vor dem Volkshause versammelte Menge eine Ansprache gehalten, in der er sagte, das Einberufen zwischen der liberalen und der sozialistischen Linken sei wieder hergestellt. Nachdem die Regierung die Verantwortung für die Ereignisse auf den König abgewälzt habe, müsse das Volk an den König appellieren, damit die Revision triumphiere. Die sozialistischen Deputierten Delbastée und Delporté hielten Ansprachen ähnlichen Inhalts. Gegen 8 Uhr abends brach ein Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen aus, der die Menge veranlaßte, auseinander zu gehen.

Es scheint nicht ausgeschlossen, daß die von Wandervelde angeführten Momente in dem gegenwärtigen Nachtkampf den Ausschlag zu Gunsten der Arbeiter geben werden. Dann wäre freilich der Kampf nicht ein reiner Klassenkampf gewesen, und auch seine Ergebnisse würden sich auf den Sturz der klerikalen Parteyraumei und einige Wahlrechtsverbesserungen beschränken.

Deutsches Reich.

Parlamentärsbriefe.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 15. April. Der Reichstag trat heute nach mehr als vierwöchentlicher Osterpause wieder zusammen. Das Haus war nicht sonderlich gut besetzt und einer etwaigen Anzeiung einer Beschlußfähigkeit hätte es nicht stand zu halten vermocht. Nur die äußerste Linke hatte sich zahlreich eingefunden.

Präsident Graf Vellestem sah denn auch nicht gerade triumphierend aus, als er die erschienenen Mitglieder mit ein paar freundlichen Worten begrüßte und zu recht fleißiger Arbeit ermahnte. Im Anschluß an diese väterlich ermunternden Worte widmete der Präsident dem verstorbenen Abg. Dr. Lieber einen Nachruf, der sich in seiner überschwänglichen Lobeshülle scharf abhob von dem spärlichen Sägen, mit dem im Abgeordnetenhaus Herr v. Kröcher das Andenken Liebers gewürdigt hatte. Graf Vellestem ging in seiner panegyrisch gefärbten Lobpreisung des verstorbenen Kollegen entschieden bis hart an die Grenzen, die der parlamentarische Takt ihm hätte stecken sollen. Es machte einen eigentümlichen Eindruck, wie der Präsident die dem Abg. Lieber „von Gott verliehenen großen Gaben“, sein Arbeiten „für das Wohl und die Größe des Vaterlandes“, „für des Vaterlandes Herrlichkeit“ in blühend-monarchischem Stil feierte. Vielleicht hätte sich auch eine Form

für Liebers Persönlichkeit und Wirken finden lassen, der auch die Gegner unbedenklich hätten zustimmen können.

Darauf trat das Haus in die Weiterberatung der Seemannsordnung ein, die in der nächsten Zeit das Arbeitsprogramm des Reichstags beherrschen dürfte. Es wurden heute nur zwei Paragraphen erledigt, darunter der wichtige § 54, der die Fürsorge für erkrankte oder verletzte Seeleute regelt. Unsere Genossen Mollenhuth, Herzfeld, Stadthagen und Schwarz suchten für das soziale Wohl der Seeleute soviel wie möglich, heranzuschlagen. Sie waren wenigstens insofern erfolgreich, als das Centrum sich veranlaßt sah, einen bescheidenen Teil unserer Forderungen sich zu eigen zu machen. So wurden wenigstens einige, wenn auch nicht bedeutende Fortschritte erzielt.

Morgen geht die Beratung weiter.

Aus dem preussischen Landtage.

H. Berlin, 15. April. Das Abgeordnetenhaus schloß gestern abend und heute die zweite Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung fort. Man kann nicht gerade sagen, daß der Minister v. Thielen mit dem Verlauf der Debatte dieser beiden Sitzungen zufrieden sein dürfte. Mühte er sich doch selbst von dem nationalliberalen Abg. Dr. Schulz-Wochum, einem sozialpolitisch wenig vorgeschrittenen Herrn, sagen lassen, daß auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge die Privatindustrie weit mehr geleistet hat als der Staat. Bekanntlich sind durch wiederholte Kreditgesetze 20 Millionen für den Bau von Wohnungen für in staatlichen Betrieben beschäftigte Arbeiter und Unterbeamte ausgeworfen worden, eine Summe, die verhältnismäßig recht niedrig zu nennen ist. Neben dem verstorbenen Herrn v. Miquel war es insbesondere Herr v. Thielen, der seine Verwaltung ob dieser „Wohnungsfürsorge“ nicht genug preisen konnte, und nun wird ihm ziffernmäßig nachgewiesen, daß damit so gut wie nichts erreicht ist. Auch der Abg. Funf (freis. Bp.) äußerte sich in ähnlichem Sinne wie der Abg. Schulz; er hält allerdings — unserer Meinung nach mit Recht — die Gewährung eines höheren Wohnungsgeldzuschusses für verbollet als den Bau von Arbeiterwohnungen, eine Maßnahme, die infolge des Abhängigkeitsverhältnisses, in das die Arbeiter dadurch geraten, zweifellos ihre Schattenseiten hat.

Seitens der Freisinnigen griffen die Abgeordneten Dr. Hirsch und Goldschmidt in die Debatte ein, um einige andere Mißstände aus dem Reiche des Herrn v. Thielen zur Sprache zu bringen. Abg. Dr. Hirsch tabelte das System der Zwangsärzte bei den Eisenbahnkrankenanstalten und Abg. Goldschmidt kritisierte die gegenüber den Eisenbahnarbeitern beobachtete Heftigkeit und forderte die Beseitigung der Accordarbeit. Eine Antwort wurde ihm nicht zu teil.

Nach Erledigung des Ordinarius wurde noch ein Teil des Extraordinarius beraten.

Morgen stehen diejenigen Etats in zweiter Lesung zur Beratung, die vom Finanzministerium resorlieren. Der Rest des Eisenbahnetats soll erst Donnerstag erledigt werden.

* Berlin, 16. April. Nach der Täglichen Rundschau soll eine Vorlage wegen Gewährung von Diäten an die Mitglieder der Zolltariffkommission in den nächsten Tagen dem Reichstage zugehen. Die Nachricht klingt sehr abenteuerlich. Es ist kaum glaublich, daß die Regierung Lust hat, sich in dieser Frage eine sichere Schlappe zu holen.

Die Eisenbahndirektion macht bekannt: Die am 14. April durch Ueberflutung eingetretene Sperrung der Bahnstrecke zwischen Berlin (Stettiner Bahnhof) und Gesundbrunnen für den Personenverkehr wird voraussichtlich am 18. April vormittags beseitigt sein, so daß sämtliche Fern- und Vorortzüge der Richtungen Bernau-Stettin und Oranienburg-Stroßmund vom 16. April vormittags 11 Uhr ab wieder regelmäßig von und bis Stettiner Bahnhof verkehren können. Die auf dem Nordring am 14. April eingetretene Unterbrechung des Personenverkehrs ist vom 15. April vormittags an auf die Teilstrecke Gesundbrunnen-Bensdorfstraße beschränkt. Letztere Strecke kann für den Personenverkehr voraussichtlich am 18. April nachmittags wieder in Betrieb genommen werden. Für den Güterverkehr ist seit 15. April mittags die Unterbrechung auf beiden Bahnstrecken beseitigt.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht folgende Bekanntmachung über die Entrichtung der gemäß § 4 Absatz 2 Satz 2 des Invalidenversicherungsgesetzes zu zahlenden Beiträge:

Auf Grund des § 4 Abs. 2 Satz 2 des Invalidenversicherungsgesetzes werden an Stelle der Bekanntmachung vom 28. März 1901 (Amtliche Nachrichten des R.-B.-A. 1901 S. 865, Reichs- und Königl. Preuss. Staats-Anzeiger Nr. 75 vom 28. März 1901) folgende Bestimmungen erlassen: 1. Jeder Arbeitgeber, welcher Ausländer beschäftigt, die nach dem Bundesratsbeschlusse vom 21. Februar 1901 (Centralblatt für das deutsche Reich S. 78) von der Versicherungspflicht befreit sind, hat dies binnen drei Tagen nach Beginn der Beschäftigung dem Vorstände der Versicherungsanstalt anzuzeigen. 2. Der Vorstand übersendet dem Arbeitgeber ein Muster für eine von diesem aufzustellende Nachweisung, in deren Spalten folgende Eintragungen vorsehen sein müssen: a. Vor- und Familienname des Arbeiters, b. falls der Arbeiter noch nicht 16 Jahre alt ist, Jahr und Tag der Geburt, c. Beginn und Dauer der Beschäftigung, d. die Angabe, ob der Arbeiter über das laufende Halbjahr hinaus weiter beschäftigt wird. Das Muster soll ferner an geeigneter Stelle einen Hinweis auf die Strafbestimmungen des § 176 Abs. 1 und 2 des Invalidenversicherungsgesetzes enthalten. 3. Der Arbeitgeber hat dieses Muster für das laufende Halbjahr (vom 1. Januar bis zum 30. Juni oder vom 1. Juli bis zum 31. Dezember) auszufüllen und bis zum 1. August bzw. 1. Februar dem Vorstände der Versicherungsanstalt einzusenden. 4. Der Vorstand prüft die Nachweisung, stellt den danach zu entrichtenden Betrag fest und fordert den Arbeitgeber unter gleichzeitiger Mitteilung der Unterlagen dieser Berechnung (Zahl der Arbeiter und Beitragswochen, Höhe der Beiträge) auf, den Betrag an die Versicherungsanstalt auf deren Kosten einzusenden. Die Verrechnung von Beitragsmarken zum Zwecke der Zahlung ist unzulässig. 5. Bei Fortbauer der Beschäftigung finden Ziffer 2 und 3 entsprechende Anwendung. 6. Für die Zeit bis zum 1. Juli 1902 bleibt es dem Vorstände der Versicherungsanstalt überlassen, nach den bisher geltenden Bestimmungen vom 28. März 1901 zu verfahren.

Die systematische Verekelung des Reichstags hat mit dem Wiederbeginnen der Tagung auf der ganzen Linie der volkfeindlichen Presse wieder eingesezt. Von den Berliner Neuesten Nachrichten bis herab zu ihrer hohen Namensschwester in Leipzig wird eine unausgesetzte zielbewusste Stimmungsmacherei gegen den Reichstag betätigt, deren perfide Absicht offensichtlich dahin geht, dem deutschen Volk seinen Reichstag, die einzige demokratische Institution, nach Kräften zu vereiteln. Wenn man die Parlamentärsberichte und Rationnements über die Reichstagsverhandlungen in dieser Presse genießt, muß man den Eindruck bekommen, als bestände der Reichstag zu einem Teil aus hirnlosen Schwärmern, die dem lieben Gott durch endlose Reden den

Zug abziehen, und zum anderen Teil aus gewissenlosen Schwänzern, die ihr parlamentarische Mandat ausschließlich dadurch ausüben, daß sie sich ein „M. d. R.“ auf die Visitenkarte drucken lassen. Diese Vorstellung wird dem Leser dieser Papiere durch die unaufhörliche Wiederholung derartiger Anschuldigungen planmäßig ins Gehirn gehämmert. Wir sind gewiß keine begeisterten Verehrer des deutschen Reichstages und des dort betätigten Parlamentarismus; allein diese Sorte von Kritik ist doch in ihrer Tendenz so plump, um ernst genommen zu werden. Was hat ein Scharfmacherorgan, wie die Berliner Neuesten Nachrichten, was hat ein gesinnungsloses Anzeigenblatt für ein innerliches Interesse an der geistigen Höhe oder dem Besuch der Reichstagsverhandlungen? Doch offenbar nur das eine, gegen den Reichstag als Einrichtung zu säufeln und diese demokratische Institution durch tagtäglich wiederholte hämische Angriffe im Bewußtsein der Wähler herabzusetzen. Diese Taktik nimmt sich gerade in den Spalten von Blättern besonders auffallend aus, die bei jeder Gelegenheit sich mit ihrer Treue zu Kaiser und Reich aufblähen. Auch der deutsche Reichstag ist ein Stück „Kaiser und Reich“, und auf seiner Errichtung und demokratischen Weiterbildung ruhen sehr ernste Hoffnungen der Bevölkerung. Er ist zwar nicht, wie die monarchische Spitze, durch ein Sondergesetz gegen Inzestionen geschützt; um so mehr muß man die politischen Gassenjungen auf die Finger klopfen, die mit voller Ueberlegung ihm tagtäglich die Fenster beschmutzen und ihn mit ihren häßlichen Schmähchriften bellegen.

Das Bild des Kaisers. Das Wiesbadener Volksblatt, das sich über die Tagebuchnotizen Dr. Liebers so gut unterrichtet gezeigt hat, schreibt jetzt weiter:

Wir können bestimmt versichern, daß die Dr. Lieber nach Durchbringung der Flottenvorlage gemachten Angebote von allerhöchster Stelle angenommen sind, und daß der Kaiser Herr Dr. Lieber, nachdem dieser alle Staatsämter abgelehnt, sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift zum Geschenk gemacht hat.

In der Zwischenzeit hat auch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung die Zeit gefunden, die Nachricht, daß nach Erledigung des ersten Flottengesetzes vom Kaiser dem Abgeordneten Dr. Lieber ein höheres Reichsamt oder ein Oberpräsidium angeboten worden sei, durch ein offizielles Dementi zu bestätigen.

Bälowsches Gummi elastikum. Die Vorliebe des Grafen Bälow für relative Begriffe mit großer Dehnbarkeit ist bekannt. Insbesondere macht er von dieser Neigung Gebrauch, wenn er mit Diplomaten oder Jesuiten zu thun hat, und gar im Verkehr mit dem Centrum treibt er gleich einen wahren Ausverkauf mit Gummiartikeln. So jetzt wieder, wo er, von seiner italienischen Reise zurückgekehrt, den Widerspruch auszugleichen hat, der zwischen den offiziellen Verhandlungen der Poldowsky-Reise und seinen eigenen Versicherungen über die Verwendung der Mehreinnahmen aus den Zöllen zu Wohlfahrtszwecken zu Tage getreten ist. Der Hamburger Korrespondent, der häufig zu derartigen Elastizitätsproben verwendet wird, muß jetzt offiziell aus angeblich „manuscriptur Quella“ verbreiten, daß der Reichskanzler bei seiner in der Sitzung vom 5. Mai 1901 im Reichstag abgegebenen Erklärung beharrt, wonach er bei einer voraussichtlich erheblichen Steigerung der Einnahmen aus den Zöllen vorzuziehen würde, solche Mehreinnahmen ganz wesentlich zur Hebung von Wohlfahrtszwecken im Reich und zum Besten der weniger günstig gestellten Klassen der Bevölkerung zu verwenden.

Wenn diese Erklärung einen Erfolg haben soll, so kann es nur der sein, daß dem Centrum die Fortsetzung seines Witwen- und Waisenversorgungsschwandels ermöglicht wird. Bisher hat das Centrum zu der Nachfrist über die Ablehnung des Antrags beim durch die Regierungen geschwiegen. Das war sehr auffallend. Jetzt erscheint eine offiziöse Notiz in dieser Sache, die der Centrumsdemagogie wieder Thür und Thor öffnet. Das ist fast noch auffallender.

z. Sozialpolitische Witz. In dem neuesten Jahresbericht des Nürnbergers Arbeiterssekretariats wird auch auf die infolge der großen Arbeitslosigkeit hervorgerufene Notlage zahlreicher Arbeiter hingewiesen. Dem Nürnbergers Sekretariat ist es nun mehrfach gelungen, von den Heimatgemeinden solcher Familien, die in Nürnberg hungerten, Unterstützungen zu erlangen. Weniger Glück hatte mit einem solchen Gesuch ein Arbeiter, der die Geschichte allerdings in wenig geschickter Weise anfang. Eine ledige Arbeiterin, die für zwei Kinder zu sorgen hatte und dazu noch kränzlich war, wollte sich mit einem Tagelöhner verheiraten, der auch nichts sein Eigen nannte, als seine Arbeitskraft, die er bei dem Ueberangebot solcher nicht einmal verwerten konnte. Man muß zugeben, daß also die materielle Verhältnisse, auf der die Ehe aufgebaut werden sollte, ziemlich dürftig war. Aber beide hatten Lebenslust und waren entschlossen, sich ehelich zu verbinden. Der Tagelöhner setzte sich also hin und schrieb an die Gemeindeverwaltung in Treuschlingen, die Heimat der Braut, folgenden Brief:

Verehrliches Bürgermeisteramt.
 Eruch die verehrlichen Herrn freundlichst ob Sie nicht die Güte haben und mir behilflich sein möchten indem ich die M. Sch. aus Treuschlingen heirathen möchte aber leider die Mittel dazu fehlen da ich selber schon lange Arbeitslos war und bisher M. Sch. und ihre zwei Kinder zu ernähren, hatte indem Sie immer krank ist und nichts verdienen kann so bitte ich die verehrlichen Herrn nochmals freundlichst, daß Sie mir doch behilflich sein möchten den es wäre mir ja schrecklich wenn mit meiner Braut was vorkommen würde und die zwei Kinder in die Gemeinde schicken möchte.

Achtungsvollst Name.
 Es wird niemand behaupten wollen, daß dieser Brief übermäßig klar abgefaßt und für jedermann verständlich ist. Immerhin: das steht drin, daß der Arbeiter die M. Sch. und ihre zwei Kinder ernährt, daß er sie heiraten würde, wenn er dazu einen Beitrag der Heimatgemeinde erhielt. Weiter steht da, daß die M. Sch. krank ist und schließlich unversehrlich sterben würde; das würde zur Folge haben, daß dann die Gemeinde Treuschlingen die Kinder ernähren müßte.

Zu denen, die den Brief nicht verstanden, gehörte nun der Bürgermeister von Treuschlingen. Er schrieb dem Wittelsbacher diesen Brief:

Auf Ihr Schreiben teilen wir Ihnen mit, daß seitens der hiesigen Gemeinde keinerlei Mittel zu Ihrer Berechtigung mit der Sch. gewährt werden.

Wenn die Jungfrau Sch. in Nürnberg nicht die nötige Arbeit findet, um für sich und ihre Kinder zu sorgen, so steht Ihr das hiesige Armenpalais offen und infolge der darüber geschaffenen neuen Einrichtung der pneumatischen Grubenentlüftung, sowie bei der Straßenunterhaltung kann sie an der Seite ihres Vaters arbeiten und für sich und ihre Kinder in ganz sicherer Weise sorgen. Durch diese Arbeitsgelegenheit werden ihr alldann auch die Triebe Ihrer fleischlichen Genußsucht vergehen und vielleicht bei Fleiß und Ausdauer wird es hier gelingen einen würdigen Bräutigam

zu finden, der sie auch ohne Voreingabe der Armenpflege ehelicht und für ihre Kinder sorgt.

Die Anpassung bezüglich des Schickens der Kinder wird nicht ernstlich aufgenommen, denn die politischen Hilfsmittel und das Arbeitshaus werden diesem Ihrem Denken das Schreckliche schon abgewöhnen. Ihre Befinnungen scheinen ganz genau Ihre würdige Persönlichkeit klar zu legen.

Der Bürgermeister und Vorstand Grapl.

Es scheint wirklich überflüssig, diesem Brief noch etwas hinzuzufügen, er spricht für sich selbst. Der Ugevallige von Treuschlingen ist ein fatter Mann, vielleicht ist er auch schon frei von aller fleischlichen Genußsucht — wer weiß? Jedenfalls ist er in Amt und Würden, fühlt sich sicher vor dem Armenpalais und deshalb darf er sich erlauben, über zwei arme Menschenkinder zu spotten.

Zu der Reichstagswahl im Kreise Saarbücken schreibt uns unser rheinischer K.-Mitarbeiter: Es geschehen Zeichen und Wunder: Das Wahlkomitee der saarbrückischen Stimmlinge hat in die Herstellung gleicher Stimmzettel für alle Parteien gewilligt! — Das kam so: Schon Mitte Februar hat der Wahlausschuß der Centrumspartei an das nationalliberal-freikonservative Wahlkomitee den Antrag auf Herstellung gleicher Stimmzettel gestellt. Der Wahlausschuß wurde nicht einmal der Antwort gewürdigt. Auch auf den gleichen Antrag des sozialdemokratischen Wahlkomitees erfolgte keine Antwort. Jetzt, nachdem vor fast zwei Monaten der Antrag gestellt wurde, veröffentlicht die Neue Saarbücker Zeitung, besser bekannt unter dem Namen „Schleifstein“, folgenden Beschluß des Gesamtverbandes der nationalliberalen Partei des Kreises Saarbücken: „Die nationalliberale Parteileitung läßt die Stimmzettel für ihren Reichstagskandidaten, Herrn Geheimen Justizrat Volk, in der Druckerei des Herrn Pecher in St. Johann drucken. Dieser ist ermächtigt, demjenigen, welcher von der äußeren Form und dem Papier unseres Stimmzettels im Auftrage seiner Partei Kenntnis nehmen will, von heute ab ein Exemplar desselben gegen Legitimation zur Verfügung zu stellen.“

Der Ton dieses Beschlusses verrät, wie vortrefflich die Leiter der Saarbücker nationalliberalen Partei ihrem gestorbenen Herrn und Meister, dem König Stumm, abgedungt haben, wie er sich räusperte und wie er spudde. Die Herren haben es nicht für nötig gehalten, die anderen Wahlkomitees direkt zu benachrichtigen. Im übrigen bleibt abzuwarten, ob es den anderen Parteien möglich sein wird, sich nun auch in den Besitz des nämlichen Papiers zu setzen, das die Nationalliberalen zu ihren Stimmzetteln benutzen. Ferner bleibt abzuwarten, ob nicht zuletzt, wenn nicht allgemein, so doch an den Orten, wo die zahlreichen Bergleute der faldatischen Gruben wählen, kennbare Zettel benutzt werden. Und schließlich bleibt abzuwarten, ob am Tage der Wahl die Nationalliberalen nicht den Beschluß dadurch unwirksam machen, daß sie den Wahlakt derart überwachen, daß die abhängigen Wähler den ihnen im Wahllokal überreichten Stimmzettel nicht mit einem anderen vertauschen können. Im Königreich Stumm ist ja an Unterdrückung der Wahlfreiheit das Unmögliche bereits Ereignis geworden.

Nie war eine Einschließung unfreiwilliger als die des nationalliberalen Wahlkomitees von Saarbücken. Was diese Scharfmacherelique vorhatte, geht ja aus dem in der Leipziger Volkszeitung am vorigen Sonnabend mitgeteilten geheimen Rundschreiben des nationalliberalen Wahlkomitees hervor, wodurch bereits im Februar die Unterdrückung der Wahlfreiheit bis ins einzelne organisiert wurde und worin bestimmt war, daß die nationalliberalen Bettele erst am Wahltag in das Wahllokal auszugeben werden sollten. Nach dem von dem Geheimrat Volk unterzeichneten Circular sollte die Verwendung der Stimmzettel, um ihre äußerliche Nachahmung zu hindern, „erst in letzter Minute“ erfolgen. Dadurch, daß das als „streng vertraulich“ bezeichnete Circular in unversene Hände geriet und in der St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung veröffentlicht wurde, erhielt der saarbrückische Wählervergewaltigungsplan ein so großes Loch, daß man ihn fallen lassen mußte. Die Wahl wäre ja ohne Zweifel vom Reichstag wieder für ungültig erklärt worden. Daher die unerhörte Thatsache, daß die saarbrückischen Stimmlinge für gleiche Stimmzettel sind.

kw. Aus Offen, 15. April. Zu einer schleunigen Arbeit wird sich unser Landtag in aller Kürze noch verstehen müssen, und zwar betrifft dies die Sanktion der neuen Lotteriegemeinschaft zwischen Hessen und Weimar, Coburg-Gotha, Altenburg, Meiningen, den beiden Schwarzburg und Lippe sowie Neuf Ältere Linie. Neuf jüngere Linie ist nicht mit im Bunde. Das neue Unternehmen ist vorläufig auf 15 Jahre geplant; es sollen alljährlich zwei Lotteriegewinnspiele vor sich gehen, von deren Ueberflüssen bis zum Betrage von 1 Million Halbpark zwischen Hessen und den anderen Vertragsstaaten gemacht werden soll, während ein noch darüber hinausgehender Betrag im Verhältnis der Bevölkerungsziffer zur Verteilung gelangen soll. Dem neuen Unternehmen scheint man wohl auch eine gewisse ideale Mission zuzuschreiben; wenigstens heißt es in der Begründung der Vorlage, daß auf diesem Wege vielleicht auch die Mißstände, die zur Zeit im Lotteriewesen in Deutschland noch herrschen, durch Einführung der Freizügigkeit der Lose verbunden mit einer Kontingierung des Spielkapitals wenigstens für die größeren Lotteriegemeinschaften Deutschlands beseitigt werden könnten. Wenn das nicht ziele!

Freiherr v. Gehl, der Leberkönig von Worms, sucht seinem Vorbilde Stumm immer mehr nachzueifern. So ist jetzt in der Heilschen Fabrik das Lesen der demokratischen Wormser Volkszeitung unterbunden worden. Diese hatte das kolossale Verbrechen begangen, davon Notiz zu nehmen, daß unser heffischer Lebergrande sich in die bayerischen Adelsmatrikel hatte eintragen lassen, weil er infolge der Erwerbung bayerischen Grundbesitzes auch dort an die Errichtung eines Fideikommisses denkt. Das wäre nun nicht schlimm gewesen, wenn nicht das Blatt dabei unter Bekanntgabe einer Notiz der Frankfurter Kleinen Presse daran erinnert hätte, daß noch der Großvater des neuesten „Edelsten“ Bayerns ein schlichter rheinheffischer Bauermann war, dem man wegen seiner Blättermarken den Spitznamen „Porridge“ gab, der aber im übrigen nicht die geringsten aristokratischen Gelüste zeigte. Diese „Beleidigungen“ mußten gerochen werden, und so fanden sich denn auch Arbeiter, die einen Entrüstungsrummel inszenierten, worauf dann die Geschäftsleitung ihren Arbeitern kurzerhand bei Strafe der Entlassung das Halten des Blattes verbot.

r. Aus Baden, 15. April. Die Scharfmachereien gegen den Fabrikinspektor Wörtschhofer werden seitens unseres Unter-

nehmerlums unentwegt fortgesetzt. Insbesondere die vernünftige Auffassung der badischen Gewerbeinspektion von ihren Beziehungen zur Arbeiterschaft ist den Herren ein Dorn im Auge. Dieser Tage schickte ein Vertreter der in sozialpolitischer Hinsicht so außerordentlich rückständigen Schwarzwaldbindustrie in der Ersten Kammer sein Herz über den kürzlich erschienenen Jahresbericht der Fabrikinspektion aus, in dem insbesondere über den Wert der Arbeiterorganisationen ein äußerst sachliches Urteil gefällt wird. Was den Groll des hohen Herrn erregt hat, das ist in erster Linie eine Auslassung der weiblichen Assistentin unserer Gewerbeinspektion, Fräulein v. Nischhofen, die den Mangel einer Organisation der Arbeiterinnen mit folgenden Worten beklagt:

Die Schwierigkeiten, die sich uns darbieten, sind unverkennbar um so mehr vorhanden, als im Lande von einer Organisation der Arbeiterinnen kaum die Rede sein kann und daher jede Mittelsperson zwischen ihnen und der Fabrikinspektion fehlt. Wenn auch die Organisation der in der Industrie beschäftigten Frauen aus naheliegenden Gründen nicht eine Bedeutung erlangen kann, die derjenigen der Arbeiterorganisationen auch nur annähernd entspräche, so ist doch der Mangel eines Anlasses hierzu in Baden sehr zu beklagen; es geht dadurch ein wertvolles erzieherisches Moment verloren. Manche Ungehörigkeiten, über die sich die Fabrikanten mit Recht beklagen, so die schlechte Behandlung, die den hygienischen Einrichtungen, Waschgelegenheiten und Abortanlagen zu teil wird, die Unsauberkeit und Unordnung, die wir leider besonders in Garderoben- und Schränken der weiblichen Arbeiter antreffen mußten, lassen sich auf das fehlende Solidaritätsgefühl und den Mangel an Verantwortungsgefühl für Einrichtungen zum allgemeinen Wohl zurückführen.

Diese und andere vernünftige Ansichten der Beamten unserer Fabrikinspektion hatte der oben genannte Herr, Kommerzienrat Kraft, „extrem-sozialistische Auswüchse“ genannt und dadurch den Ministern die Innern zur Verteidigung seiner angegriffenen Beamten in die Schranken gerufen. Herr Schenkel beruhigte denn den Herrn auch, indem er ihm versicherte, auch er würde es nicht dulden, wenn die Neuerungen der Aufsichtsbeamten geeignet sein könnten, „die Arbeitsfreudigkeit der Unternehmer zu zerstören“. Dies sei jedoch bisher nicht der Fall gewesen, und zu einer Rüge gegen die in Frage stehenden Beamten liege deshalb kein Anlaß vor.

Großbritannien.

Südafrikanische Kalkulationen. — Der Kornzoll.

London, 15. April. Bei der Fortsetzung der Beratung der die Anleihe betreffenden Resolution bemerkt der Schatzkanzler Hicks Beach, die den Zucker produzierenden Kolonien gewährte Beihilfe werde sicherlich nicht den Betrag von einer Viertelmillion übersteigen. Hinsichtlich der finanziellen Lage in Transvaal habe in den letzten Monaten ein großer Wechsel Platz gegriffen. Nach sorgfältiger Prüfung hätten Chamberlain und Wilson die Ueberzeugung gewonnen, daß, wenn die Eisenbahnen der Civil-Verwaltung überwiesen sein würden, die Einnahmen der Kolonie im Laufe des mit dem 1. Juli beginnenden Finanzjahres zwischen 4 und 5 Millionen Pfund Sterling betragen würden. Die Einnahmen dieses Jahres würden sicherlich die Summe von 1200000 Pfund Sterling erreichen, wenn die Ausnahmen Wilsons sich bestätigen; und diese würden sich sicherlich bestätigen, wenn die Friedenshoffnungen Wahrheit würden. Transvaal werde im Stande sein, nicht nur die Kosten der südafrikanischen Polizeitruppe zu zahlen, sondern auch die Zinsen der Schuld der alten Regierung, die Kosten der Civil-Verwaltung und die Zinsen der Eisenbahn-Obligationen. Die Regierung beabsichtige, den Einnahmen der Kolonien einen Teil der Kriegsausgaben aufzulegen, wie ihn diese ohne Schädigung ihrer Entwicklung tragen können; es würde verfrüht sein, eine Summe als Maximum dieses Betrages aufzustellen; er glaube aber, es werde möglich sein, nach Beendigung der Feindseligkeiten bestimmte Einnahmequellen für den Dienst der während des Krieges aufgenommenen Anleihen zurückzustellen und in wenigen Jahren werde die Zeit gekommen sein, auf diese Einnahmen die Zinsen des Kapitals von 30 Millionen zu übernehmen. Im Augenblick ist diese Zeit aber noch nicht gekommen und wir müssen auf eigenen Kredit borgen. Die Resolution Hicks Beach wird hierauf mit 229 gegen 103 Stimmen angenommen.

Das Unterhaus hat nach längerer Debatte, in der sich die Liberalen und Freie gegen den Kornzoll, die Konservativen dafür aussprachen, mit 254 gegen 135 Stimmen den Vorschlag des Budgets betr. den Korn- und Weizenzoll angenommen.

Rußland.

Ein widerspenstiger Kongreß.

xxx Die russische Regierung stößt an allen Ecken auf Feinde. Freilich sind diese nicht immer solche, die sie fürchten muß, ihr Protest geht nicht über ein verlegenes Stimmeln hinaus, aber immerhin ist es für die gegenwärtige Situation kennzeichnend, daß selbst solche Preise Mut, wenn auch nur zu halben Worten, finden, von denen man in den letzten zwanzig Jahren kaum etwas anderes als demütigtes Wispern vernahm. Die russischen Liberalen scheinen doch noch die Lust zu verspüren, bei dem lauten Protest der studierenden Jugend und des Proletariats auch etwas mitzumachen. Das zeigt sich in verschiedenen offenen Briefen, die in der letzten Zeit in den Semstwozirkeln zirkulieren und die eine Art politisches Programm der Liberalen darstellen; das ist auch aus den Verhandlungen des vor einigen Tagen geschlossenen Kongresses, der zur Beratung der Hebung der Hausindustrie betreffender Fragen in Petersburg einberufen war, zu ersuchen. Der Kongreß war stark von den Semstvos beschickt, und außerdem nahmen an ihm auch verschiedene andere, mit der Lage des Landes vertraute Kräfte, Nationalökonom und Publizisten, teil. Der Kongreß erledigte die ihm gestellten Aufgaben in mehreren Sektionen und versammelte sich dann am 2. und 3. März zu Plenarsitzungen, während deren es zu tumultuarischen Ausbrüchen kam. Der Regierungsvertreter, der das Präsidium inne hatte, bemerkte schon gleich beim Beginn der ersten Versammlung, diese dürfe über die Resolutionen nur noch abstimmen und keineswegs auf die einzelnen Materien auch im Plenum eingehen. Hierauf fielen schon verschiedene Bemerkungen; die Erregung legte sich aber wieder. Es gelangten ohne weitere Diskussion verschiedene unweiselnde Punkte zur Annahme; dann aber erhob sich der Präsident und verkündete, daß die folgende Resolution 7, als aus dem Rahmen des Kongresses fallend, nicht unter den übrigen eingereiht werden könne; in ihr steuere gefährliche Resolution besage nämlich, daß die

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Hierzu zwei Beilagen.



Neu eröffnet!

Neu eröffnet!

Geschäftshaus

für

Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderobe

S. Joseph & Co.

Plagwitz

53 Zsochoersche Strasse 53

Plagwitz

Gohliser Möbelhalle v. Herm. Fontius

Keuß. Halle'sche Str. 106 L.-Gohlis Keuß. Halle'sche Str. 106
anerkannt leistungsfähigste Möbelbezugsquelle, liefert ganze Wohnungs-Einrichtungen wie einzelne Möbelstücke in dauerhafter, solider Ausführung zu äußerst annehmbaren Preisen frei 10 Stunden im Umkreis von Leipzig.
Für Brautleute ganz besonders zu empfehlen.
Preislisten portofrei. [2106] Preislisten portofrei.

Sonnen- und Regenschirme

empfehlen das Neueste in groß. Auswahl zu billigem Preis
Max Milker
Leipzig-Neuschönefeld
Eisenbahnstraße 88,
Alle Reparatur- u. Ueberzüge werden gut u. billig gefertigt

Gelegenheits-Käufe.

Herren-, Damen- und Kinderschuhe
kaufen Sie zu staunend billigen Preisen bei
Tobias Schmul, Nikolaistr. 35.
Bitte genau auf meine Firma zu achten.
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. [2877]

Lindenauer Möbel-Halle

2508] **Eduard Walther**
L.-Lindenau, Merseburger Strasse 48
empfiehlt sein großes Lager in
Möbeln, Spiegeln u. Polsterwaren.
Günstige Gelegenheit für Brautleute und Familien.
Langjährige Garantie. — Verlangen Sie Preisliste. — Freier Transport.

Möbel

erhält man sollb zu billigsten Preisen bei
H. Dietrich
Tischlermeister [2880]
Lindenau, Merseburger Str. 83.

Tapetenkonsumenten

***** wahret Eure Interessen!**
Wegen Aufgabe einer Niederlage kommt ein großer Posten Tapeten zu weit herabgesetzten Preisen zum Verkauf.
Fritz Stirnemann, vis-à-vis dem Amtsgericht Ecke Königsplatz. [2711]



Fahrradklarner
Leipzig, Eisenstr. 12.
Telephon 3701.

Grösstes
Specialgeschäft am Platze.

Abteilung I: Fabrik für Fahrradteile.

In unseren Reparatur-Werkstätten mit Dampftrieb führen wir Reparaturen aller Systeme schnellstens und billigst aus.
Fertige Achsen, Conen, Bagerschalen, Muttern etc. in groß. Auswahl vorrätig.
Eigene Vernickelungs-Anstalt für Vernickelung aller Fahrradteile und Wirtschaftsgegenstände.

Abteilung II: Fahrräder aller Art

Nähmaschinen
Motorwagen.

Wir führen nur beste in- und ausländische Marken und unterhalten zur Zeit ein ständiges Lager von über 300 Stück der weltberühmten Fabrikate

Dürkkopps Diana
Dürkkopps Kettenlos
Panther-Premier
Westfalen-Columbia
sowie

Cito-Transporträder.
Preise staunend billig.

Infolge wagnisvollen Bezugs glänzender Einfuhr, daher reichste Bedienung bei bescheidenem Nutzen.
An Wiederverkäufer sind innerhalb der Kreis-Hauptmannschaft Leipzig noch einige Plätze zu vergeben.

Illustrirter Praxiscatalog gratis an Jedermann. [3232]

Möbel
einzelne Gegenstände, als auch ganze Wohnungs-Einrichtungen auf [2850]

Credit
billiger als überall bei

J. Jttmann
Johannisplatz 4 u. 5, 1. Etage.
Mässige Anzahlung u. bequeme Abzahlung.
Lieferung discreet.
Wagen ohne Firma.

Sonntags während der Messe von 11 bis 9 Uhr geöffnet.

Kaufe auf CREDIT

Hoch emporgehoben
wird allerseits infolge des Princips constantest. Bedienung u. Führung nur streng reeller Waren das allbekannte, renommierte Möbel- und Waren-Kredit-Haus von

Hermann Schraepfer
Leipzig, Königsplatz 12, I.
Ecke Petersteinweg.

Möbel und Polster-Waren
Specialität:
Kompl. Zimmer-Einrichtungen.
Weltgegendste Abzahlungsbedingungen.

Sonntags während der Messe von 11 bis 9 Uhr geöffnet.

Für Schuhmacher unentbehrlich.
Sohlenrundwalzen erleichtern das lästige Klopfen u. Hämmern des Lebers. In verschied. Breiten vorrätig. Kulante Bedienung. [2448]

Gebr. Gundelach
Mittelstr. 7 LEIPZIG Mittelstr. 7

Pneumatik-Specialgeschäft H.E. Max Schmidt, Leipzig, Zeitzerstr. 13.

selbstverständlich nur aus **bestem Malz und Hopfen gebraut.**
anerkannt wegen seines Wohlgeschmackes und seiner Bitterkeit [2756]

Vereinsbier
kümlichelt und deshalb ärztlich empfohlen,
liefern in Flaschen:

Tafelbier, dunkel (Münchner Art)	28 Fl. 3 Mark
do. hell (Pilsner Art)	30 " 3 "
Lagerbier	33 " 3 "
Schanzbier (dunkel)	30 " 1.80 "

Vorstehende Sorten liefern wir jederzeit und jedes Quantum in Fässern.
Vereins-Bier-Brauerei zu Leipzig.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Sehung der Hausindustrie nur von der Thätigkeit der Selbstverwaltung zu erwarten sei und diese könne nur dann wünschenswerte Resultate zeitigen, wenn alle Klaffen der Bevölkerung das Wahlrecht erhalten und die Selbstständigkeit der gesellschaftlichen und gerichtlichen Kontrolle garantiert wird. Die Resolution war in der Sektion einstimmig angenommen worden und ihre Verteidiger ließen sich nicht so bald von dem Vorsitzenden abfertigen; es entspann sich ein aufgeregtes Rededuell zwischen ihm und den Kongreßteilnehmern. Fürst D. N. Schachowskoi führte auf die Anknüpfung des Vorsitzenden aus, die Sektion habe den Beschluß keinesfalls übereilt gefaßt: „Exzellenz können wohl kraft der Präsidialbefugnisse es verbieten, diese Resolution anzunehmen, das ist aber nicht die Sache unseres Gewissens. Wir waren gezwungen zu sagen, was wir als das hauptsächlichste betrachten.“ Die Worte Schachowskoi wurden von donnerndem Beifall begleitet. Die Exzellenz ergriff wiederum das Wort: die Resolution behandle zu weitläufige Faktoren. Außerdem könne er auch die folgende Resolution nicht zur Abstimmung bringen, die die Einführung der Landschaftsverfassung in denjenigen Gouvernements, wo eine solche noch nicht besteht, verlangt. Darauf wieder eine Replik des Fürsten Schachowskoi, daß die Sektion auf Grund von Zahlen und Thatsachenmaterial zu dieser Forderung gekommen sei. Der Bauer verarme und verhungere, „wir haben die Ueberzeugung gewonnen, daß, welche Mittel auch die Regierung für die Hausindustrie auswerfen wird, ohne eine Selbstverwaltung ihr nicht geholfen werden kann.“ Wieder langanhaltender Beifall. Einer der Teilnehmer fragt aufgeregt, warum sie denn wohl aus allen Enden des Reichs zusammengekommen, wenn man ihnen den Mund zudrückt. Der Präsident der Sektion, in der die Resolution ausgearbeitet worden war, Graf Gehden, ergreift das Wort und erklärt auch seinerseits, daß die Sektion die vorgeschlagenen Maßregeln als die wichtigsten betrachtet. Man könne sich nicht mit Teilmaßregeln begnügen. Ein Teilnehmer des Kongresses schreit dem Vorsitzenden zu, ob denn der Regierung die Meinung des Kongresses verschwiegen werden soll! Der Vorsitzende versucht die Versammlung zu beruhigen. Fürst Schachowskoi stellt den Antrag, der Kongreß solle abstimmen, ob die vorgeschlagenen Resolutionen die Programmgrenzen des Kongresses überschreiten. Der Regierungsvertreter bleibt in einer erdrückenden Minderheit, er erklärt nunmehr, daß er die Resolutionen kraft seiner präsidialen Macht freigehe. Dasselbe geschah auch mit einer anderen Resolution, die in der Sektion ebenfalls einstimmig Annahme gefunden hatte und die dahin lautete, es solle gestattet werden, zur Sehung der wirtschaftlichen Lage des Landes allrussische periodische Kongresse von Semstwovertretern einzuberufen. Die Regierung setzte sich auch noch am anderen Tage fort und erreichte eine solche Höhe, daß der Kongreß die Verhandlungen unterbrach und demonstrativ den Saal verließ. Die Teilnehmer ließen sich nur mit Mühe bewegen, in den Saal zurückzukehren; der Vorsitzende versuchte einzulenken und nur mit Ach und Krach gelang es, den Kongreß unter Dach zu bringen.

China.

Die Schließung von Tientsin.

Peking, 13. April. Die Befehlshaber der verbündeten Truppen kamen überein, die vorläufige Regierung in Tientsin aufrecht zu erhalten entweder bis zur Schließung der Forts, wie in der Zusammenkunft der Befehlshaber am 6. April 1901 beschlossen war, oder bis zum 1. Juli; die Regierung soll aber auf keinen Fall früher aufgelöst werden als vier Wochen nach Annahme gewisser Bedingungen durch die chinesische Regierung. Zu diesen Bedingungen gehören auch die folgenden: Die chinesische Regierung muß sich verpflichten, die Forts nicht wieder aufzurichten, auch keine neuen Forts zwischen Peking, Taku und Schanhaiwan zu bauen. Die chinesische Polizeitruppe in der Stadt darf nicht mehr als 2500 Mann betragen und chinesische Truppen dürfen sich der Stadt nicht auf weniger als 30 Kilometer nähern. Die Eisenbahn Peking-Schanhaiwan soll an die chinesische Regierung erst zurückgegeben werden, wenn die Befehlshaber der verbündeten Truppen ihre Zustimmung erteilt haben.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Ueber die Thätigkeit des Oberverwaltungsgerichts im ersten Jahre seines Bestehens läßt sich Senatspräsident Dr. Wachler in der Deutschen Juristenzeitung wie folgt aus:

„Beide Senate sind zeither in ziemlich gleichem Umfange beschäftigt gewesen und haben schon jetzt eine recht erhebliche Arbeitslast zu tragen, die allem Anscheine nach fortgesetzt sich steigern wird. Am Schlusse des ersten Geschäftsjahres waren, obgleich die Anfangsmonate naturgemäß nur wenige Eingänge aufzuweisen hatten, doch schon 300 Rechtsmittel anhängig geworden, die in die verschiedenartigsten Gebiete der öffentlichen Verwaltung eingriffen. Neben Anfechtungsklagen, die sich gegen die Veranlagung zur Staats Einkommensteuer und zu den Gemeinde- und Schulabgaben, gegen die Abforderung von Besitzveränderungen, gegen die Besteuerung von Wanderlagern richteten, liefen Rechtsmittel ein, bei denen es sich teils um innere Angelegenheiten der Gemeinden und Kommunalverbände, teils um Streitigkeiten auf dem Gebiete des Gewerbe- und Versicherungsrechts, Bau- und Baupolizeirechts, um Wege- und Wasserbauwesen, um Streitigkeiten zwischen Armenverbänden oder endlich um polizeiliche Verfügungen allgemeiner Natur handelte; auch in Bezug auf die Handhabung der Theaterzensur und in betreff der Frage, ob den israelitischen Religionsgemeinden in Sachsen ein Besteuerungsrecht zustehe, wurde der Gerichtshof angerufen. Dabei waren unter den Bezirken, aus denen die Rechtsmittel stammten, in hunderter Reihe alle Landesteile vertreten, am stärksten die Kreishauptmannschaft Dresden, dann, nach der Zahl der Rechtsmittel geordnet, die Kreishauptmannschaften Leipzig, Zwickau, Chemnitz und Bautzen.“

Die Vielseitigkeit der ihm vorgelegten Fragen macht die Stellung und Aufgabe des Oberverwaltungsgerichts besonders schwierig. Es kommt hinzu, daß auch das Gesetz über die Verwaltungspflege selbst zu manchem Zweifel Anlaß bietet. So wird es, um ein Beispiel hervorzuheben, zunächst noch einer bestimmten Abgrenzung des Umfangs bedürfen, in dem Entscheidungen der Verwaltungsbehörden in der Ruffachinstanz richterlicher Nachprüfung unterliegen. Ebenso mangelt es noch an festen Grundsätzen bezüglich des Grades, bis zu welchem bei der Erledigung von Anfechtungsklagen neue Thatsachen und Beweismittel Berücksichtigung zu beanspruchen haben.

Der Thätigkeit des Gerichtshofs bietet sich somit ein weites Feld. Nach den Erfahrungen des ersten Geschäftsjahres, wonach er reichlich 70 Prozent der ausgeföchten Borentscheidungen bekräftigt hat, ist er zwar der Versuchung, alles besser wissen zu wollen, aus dem Wege gegangen. Immerhin aber ist es unvermeidlich, daß er hin und wieder auf Lücken der Gesetzgebung stößt oder einer fehlerhaften Entwicklung der Praxis begegnet und sich alsdann vor die Notwendigkeit gestellt sieht, den Finger auf die Wunde zu legen. Hier und da wird er alten, manchem vielleicht lieb gewordenen, gleichwohl aber unhaltbaren Gepflogenheiten entgegenzutreten müssen. Sicherlich wird er schon deshalb mit seinen Aussprüchen nicht überall ungeteilten Beifall ernten. Gewiß wird er überdies zuweilen irren und in schwierigen Prinzipfragen nicht immer schon beim ersten Anlauf das Richtige finden, weshalb er auch einer unparteiischen, von unbetheiligter Seite ausgehenden Kritik gern Gehör schenken wird. Jedenfalls aber strebt er, stets Gerechtigkeit zu üben und gleichmäßig dem Anbruche der einzelnen auf Schutz ihrer Rechte wie den Bedürfnissen der öffentlichen Verwaltung Rechnung zu tragen. Möge seinem Wirken der Segen nicht fehlen!“

Es ist sehr anerkennenswert, daß das Oberverwaltungsgericht der Kritik unparteiischer Seite gern Gehör schenken will. Die unparteiische und unbetheiligte Seite ist aber zunächst die Presse, der man gerade in Sachsen sehr oft das Recht zur Kritik richterlicher Urteile bestritten hat.

Ueber die sächsischen Eisenbahnen wird der Frankfurter Zeitung geschrieben: „Ein Hauptgrund, weshalb der Personenverkehr auf den sächsischen Bahnen zu wenig einbringt, besteht neben der unrentablen Anlage des Bahnnetzes offenbar darin, daß die vierte oder Zwiefünftelklasse in Sachsen zwar besteht, allein an Sonntagen andrangiert wird; zudem werden keine Sonntagskarten oder sonstige Verbilligungen gewährt. Ist es da zu verwundern, wenn die Bahnen gerade an den Tagen, an welchen die meisten Menschen Zeit und Bedürfnis haben, auszukommen, leer bleiben? Dies muß von der Bahnklasse um so schmerzlicher empfunden werden, als das sächsische Bahnnetz, namentlich infolge der vielen Nebenbahnen, nicht Belgien das weitaus dichteste auf dem europäischen Festlande ist. Hierzu kommen Rückständigigkeiten wie die vielen weit auseinander liegenden unwirtschaftlichen Bahnhöfe in Leipzig. Es scheint demnach in Sachsen, wie allenthalben bei uns in Deutschland, an vollwertigen- und ausreichenden technischen Kräften in der Generaldirektion zu fehlen. Wo sollen diese aber auch herkommen, so lange sie Juristen untergeordnet und dabei so bezahlet werden, daß die kleinste Fabrik eine vorteilhaftere Anstellung gewährt? An dieser von den Juristen so grünlich befahrenen Technikerfrage droht nachgerade unser ganzes Staatsbahnsystem zu scheitern. Für die so unheimliche Ebbe in seiner Eisenbahnkasse mag sich übrigens, zumal was den Güterverkehr anbelangt, der sächsische Herr Verkehrs- und Finanzminister bei seinen Kollegen an der Spree bedanken, die zwar beileibe keinen „Eisenbahnkrieg“ mit dem von den preussischen Schienensträngen vollständig unklammernden Sachsen führen wollen, die es aber doch für ihre Pflicht halten, die ihnen anvertrauten Waren möglichst auf preussischen Schienensträngen zu befördern. Freilich, so lange die Sachsen auf ihren Bahnen Menschen und Güter teurer fahren als das benachbarte Preußen, thun sie am geschicktesten, sich an die Adresse ihres Finanz- und Verkehrsministers zu halten.“

Nicht richtig ist, wie die Dresdener Nachrichten versichern, die Nachricht, daß Ministerialdirektor Dr. Diller am 1. Mai aus dem Staatsdienst ausscheide. Dr. Diller habe Anfangs Februar seinen Abschied eingereicht, es sei ihm aber nahegelegt worden, den Zeitpunkt seiner Pensionierung möglichst hinauszuschieben. Demnach dürfte Dr. Diller einige Monate später aus dem Amte scheiden.

Sächsische Polizeiwirtschaft. Aus Brunnödra wurde kürzlich berichtet, daß die Amtshauptmannschaft Auerbach dem dortigen Arbeiterbildungsverein das Abhalten eines Vergnügens abends mit Tanzveranstaltungen verboten hatte, weil, wie die Amtshauptmannschaft hervorhob, sich im fraglichen Verein eine Anzahl — Steuerrestanten befänden, Vereinen aber, in denen Mitglieder mit Steuern im Rückstand seien, die Erlaubnis zur Abhaltung von Vergnügungen grundsätzlich nicht gegeben würde. Jetzt hat die Amtshauptmannschaft Zwickau, an die sich unsere Genossen beschwerdefähig gewandt hatten, das Verbot der Amtshauptmannschaft nicht nur gebilligt, sondern den Beschwerdeführern außerdem noch 5 Mk. Kosten auferlegt. Als Verbotbegründung muß das für die Amtshauptmannschaft Auerbach gültige Tanzregulativ herhalten, worin ein Passus enthalten ist, der das abendliche Verhalten der Amtshauptmannschaft gegenüber der Beschwerde begründet. Recht interessant ist nachstehende Stelle in der Antwort der Amtshauptmannschaft:

Im übrigen will die königl. Amtshauptmannschaft bemerken, wie sie es nur zu billigen vermag, wenn die Amtshauptmannschaft gerade gegenwärtig mit Rücksicht auf die augenblickliche wirtschaftliche Lage mit Erteilung von Erlaubnissen zu außerordentlichen Tanzmusiken zc. möglichst streng verfährt. Der einfache Menschenverstand wird diese neueste Polizeiwirtschaft nicht verstehen. Es ist das Neueste auch im Polizeianne Sachsen, daß ganze Vereine dafür büßen sollen, wenn einzelne Mitglieder, vielleicht auch durch die gegenwärtigen traurigen Verhältnisse dazu veranlaßt, ihren Pflichten gegenüber dem Staate und der Gemeinde nicht nachgekommen sind.

Dresden, 15. April. In Röhrlitz finden die Gemeinderatswahlen nicht öffentlich statt. Ein Antrag des unanständigen sozialdemokratischen Vertreters auf Offenheit dieser Sitzungen wurde vom Gemeindevorstand mit der Motivierung abgelehnt, daß hier am Orte noch kein Elektrizitäts- und Wasserwerk bestünde, und die anderen Sachen für die Einwohner nicht von Interesse seien. Ein Gemeinderatsmitglied machte noch geltend, daß der Gemeinde dadurch Geldeausgaben erwachsen würden, weil man ein größeres Lokal nehmen und es heizen lassen müsse, und zuletzt würde niemand erscheinen. Nach diesen „wichtigen“ Gründen kam der Gemeinderat zu dem Resultat, den Antrag mit allen gegen die Stimme des Antragstellers abzulehnen.

Dresden, 11. April. Dem 30. Geschäftsbericht auf das Jahr 1901, den die Dresdener Fleischer-Zunftung dieser Tage über den Verkehr auf dem Viehmarkte und in den Schlachthäusern herausgegeben hat, entnehmen wir die folgenden Notizen von allgemeinem Interesse. Das verfloßene Geschäftsjahr hat im Verhältnis zu den vorherigen Jahren viel zu wünschen übrig gelassen, da nicht nur der Auftrieb der Schlachttiere, sondern auch die Schlachtungen

Kleine Chronik.

Leipzig, 16. April.

Theaterneuigkeiten. Am Donnerstag gelangt im Neuen Theater Shakespeares historisches Drama König Heinrich der Vierte, I. Teil in neuer Einföhrung zur ersten Wiederauföföhrung. — Im Alten Theater wird die Operette Die Gelbta wiederholt.

Am Freitag geht im Neuen Theater die Operette Die Fledermaus, im Alten Theater Die Hauslerche in Scene.

Für Sonnabend ist im Neuen Theater die Oper Samson und Dalila, im Alten Theater Alt-Helldberg angeösetzt.

Die kommende Woche bringt im Neuen Theater die Erstausföhrung der neuen Oper Viel Lärm um Nichts von dem Londoner Komponisten Dr. Wäkers Stanford. Das Werk, dem die gleichnamige Komödie Shakespeares zu Grunde liegt, erscheint damit zum erstenmal auf einer deutschen Bühne, nachdem es in England einen starken Erfolg errungen hat.

Neues Theater. Zweites und letztes Gastspiel von Frau Ailli Lehmann-Kallisch. Stunden erhabenster Weibch und beöseligend-leuchtendben Genusses brachte und die vorzöglliche Aufföhrung der Götterdämmerung im Neuen Theater. Die Hauptrollen in vorzögllicher Besetzung, schaffensfreudige Künstler in bester Disposition, daneben her ganze, große Ausstattungsapparat überraschend fein wirkend und — hinc coronat opus — Ailli Lehmann als Brünnhilde: kein Wunder, daß die zahlreich versammelte Wagnergemeinde den ganzen Abend hindurch in gehobenster und beöseligendster Stimmung war. Gleichsam, als wolle die geistvolle Wagnerinterpretin den Leipziger ihren Abschied von hiesiger Bühne recht schwer machen, gab sie, sich oft selbst überhörsend, die reichsten Schätze ihrer Kunst in verschwenderischer Fülle. Ihre wohlgeschulte Stimme erstrebte silberklar und trogte den höchsten Anforderungen. War man freudigst überrascht, wie fleghast-leicht die Künstlerin gleich im Anfange der Oper das hohe E nahm und festhielt, so eröhlten sie noch Bewundernswürdiger, als sie im 3. Aufzuge die letzten Töne ihrer anstrengenden, umfangreichen Partie ebenso vollsäftig und gesund strömen ließ, wie bei Beginn der Vorstellung. Mit der vorzögllichen Söngerin, die ihr Organ souverän beherrscht und geöstlich belebt, vereintigt sich in Ailli Lehmann auch die bedeutende Darstelllerin, die in die tiefsten Tiefen des Kunstwerkes steigt und

da in psychologischer Feinarbeit die geheimsten Fasern derselben bloöflegt. Gleich in der liebeseligen Scheidescene verschaffte sie den Zuschauern den Genuö einer vollendetsten Kunstleistung. Wie stöh da alles, Wort und Gebärde, Ton und Mienenpiel, so ungekünstelt in eins zusammen. Ueber manche dramatische Steigerung hinweg, eröhlte sie wohl die gewalttätige Wirkung im 2. Akt. Als Brünnhilde, durch Nibelungengenteil ihres Ringes beraubt, schmachvoll vergewaltigt (Schluß des 1. Aktes), von Gunther als besten Weib dem Volke vorgehöstet und bei dieser Gelegenheit auch den erblickt, dem ihr Herz in selbsterlöblichster Anhänglichkeit anhängelt, auf dessen Treue sie selbstest gebaut, da leimt in ihrer Seele die furchtbare Wahrheit schmählichen Betruges auf. Stegriehs Ring, der ihr in der Brautnacht von jenem fremden Göttergöttern entrisen wurde, erblickend, jermariert ihre Seele ein maßloser Schmerz. Da, als Brünnhilde, von der ägenden Bitterkeit schändlichsten Betruges durchzogen, verzweifelt aufschreit und Vergeltung bittend, ihre leiberrüllten Augen hoffnungsvooll zu den Göttern wendet, da war Ailli Lehmann im Spiel, Bild und Ton so dämonisch groß, so grausenhast schön, daß wohl die meisten das atemverlösende Bangigkeitsgeföhl, was die große Tragödin in dieser Scene zu erregen und zu übertragen wöhlte, nicht gleich los geworden sind. Aber nicht nur dies Eine, die ganze Rolle der Brünnhilde war von Ailli Lehmann mit gereöstem Kunstverständnis und größter psychologischer wie physischer Kraft angeösetzt und bis ans Ende durchgeföhrt. Für diese künstlerische That kann die schelbende Götterin des bleibenden Dankes der gestern abend versammelten Kunstgemeinde versichert sein.

Auch die übrigen Mitwirkenden, die Träger von bedeutenden Rollen waren, wurden den hohen künstlerischen und schauspielerischen Anforderungen des Wagnerischen Musikdramas gerecht. Was Herr Uelus als Siegfried bot, war bis ins kleinste Detail studiert und feinsinnig wiedergegeben. Besonders bedeutungsvoll eröhlte der unheimlich-grimmige Jagen des Herrn Schöy, der gelanglich, vor allem aber in seinem wohlüberdachten Spiele muster-, ja meisterhaft war. Nicht über das Mittelmäßige, Alltägliche hingegen erhob sich nach dieser Seite hin die Leistung von Fräulein Sengern in der großen, inhaltreichen Waltrautenerzählung des 1. Aktes. Hier war manches recht unbeholfen und hausbacken. Fräulein Weid fand sich mit der Rolle der Gutrunn, für welche ihre Gestalt wie prädestiniert erscheint, recht befriedigend ab. Ein großes Verdienst an dem hoöherfreudigen Verlauf des schwierigen Bühnenwerkes hatte das Orchester. Unter der besöuernden Leitung des Herrn

Kapellmeister Porter, der alle Schönheiten der Partitur zur Geltung zu bringen wöhlte, gab es, wie alle Mitwirkenden, sein Bestes.

Buschs Geburtstagsfeier. Aus München, 16. April, wird gemeldet: Anläßlich des 70. Geburtstages Wilhelm Buschs wurde gestern abend von der Münchener Künstlerkammer in dem Künstlerhaufe ein Festabend veranstaltet, an dem auch Prinz Rupprecht teilnahm. Die ersten Kräfte der hiesigen musikalischen Welt trugen Lieber bezw. Konzertsünder vor. Der Kunstmaler Professor Stiller hielt eine warm empfundene Ansprache, in der er Busch als Philosophen und Künstler feierte. Im Laufe des Abends wurde eine foplene, bereinigt von Busch gedichtete und von Krempfeger in Musik gesetzte lustige Scene, Schuster und Schneider, aufgeföhrt und ferner ein Schwank von Hans Sachs. Andere Vorträge folgten. Der ganze Abend nahm einen fröhlichen Verlauf. An Busch wurde eine Adresse mit den Unterschriften sämtlicher Festteilnehmer und ferner ein Glückwunschtelegramm abgesandt. — Busch hat sich bekanntlich in seinem Wohnort Weichshausen allen Duotionen durch eine Reise entzogen.

Wb. Die Wetterwarte auf den Philippinen, die seit einigen Jahren unter Leitung spanischer Jesuiten die bedeutendste derartige Anstalt im südöstlichen Asien gewesen ist, hat jetzt unter amerikanischer Herrschaft eine vollkommene Reorganisation erfahren. Schon seit Beginn des Jahres 1901 hat das neue Wetterbureau der Philippinen, dessen Sitz die Hauptstadt Manila ist, monatliche Bulletin herausgegeben, worin die stündlichen Beobachtungen und außerdem eine Wetterübersicht in englischer und spanischer Sprache veröffentlicht werden. Die Bulletin enthalten außerdem Berichte über ungewöhnliche Ereignisse und Mitteilungen über den Stand der Ernten, wie sie aus den verschiedenen Teilen der Inselgruppe gesammelt werden. Unter den besonderen Ereignissen ist das Erdbeben vom 15. Dezember vorigen Jahres mit einer ausführlichen Schilderung beachtet worden. Das Erdbeben war das schwerste seit dem Jahre 1880 und war auf einer Fläche zu veröspüren, die ebenso groß wie Spanien war. Es dauerte 1 1/2 Minuten, also eine verhältnismäßig lange Zeit, verursachte aber nicht sehr großen Schaden, weil die Erdbewegungen langsam vor sich gingen.

nicht unwesentlich geringer sind, als besonders im Jahre 1900. Die Ursachen hiervon drücken in erster Linie in den jetzigen ungünstigen Verhältnissen zu suchen sein. Der Auftrieb an Rindern bezifferte sich mit 36 212 Stück (15 225 Ochsen und Stiere, 10 890 Kühe und Kälber, 10 097 Bullen, einschließlich 6476 aus Oesterreich-Ungarn zugeführten Stücken), 170 340 Schweinen, 60 324 Hammeln, 86 620 Kälbern sowie 48 Ziegen oder zusammen 353 544 Stück. Es waren dies 25 001 Stück weniger als 1900. Auch die Schlachtungen sind besonders in Rindern und Schweinen zurückgegangen, und zwar in ersteren um 160 und in der zweitbezeichneten Tierart, deren Fleisch vorzugsweise von den unmittelbaren Familien gekauft wird, sogar um 9000 Stück. Geschlachtet wurden außer 26 498 Rindern (9371 Ochsen, 1062 Stiere, 7520 Bullen, 8545 Kühe und Kälber) 133 446 Schweine, 48 833 Hammel, 80 848 Kälber sowie nur 39 Ziegen. Da die Einwohnerzahl Dresdens im vorigen Jahre ganz erheblich zugenommen hat, so erhellt aus diesen Angaben, daß der Konsum von Fleisch in vielen Familien wesentlich eingeschränkt sein muß.

Dresden, 15. April. Der Prozeß Gähler wegen Raubmordversuchs u. d. b. beschäftigt gestern in der Berufungsinstanz das Oberkriegsgericht. Der am 2. Juli 1880 zu Klingenberg geborene, wegen Eigentumsvergehen mehrfach und erheblich vorbestrafte Maurer und jetzige Soldat Emil Oswald Gähler von der 2. Compagnie des 12. Infanterie-Regiments Nr. 177 war am Nachmittag des 20. Dezember v. J. fahnenflüchtig geworden. G. soll, nachdem er eine Anzahl Diebstähle verübt hatte, am Abend des Neujahrstages auf der Landstraße zwischen Klingenberg und Oberkummerdorf im Walde den Postboten Köhlmann aus Kohnitz, der sich auf seinem Dienstgange befand und etwa 400 M. Bargeld bei sich hatte, mit den Worten überfallen haben: „Gund, das Geld her!“ gleichzeitlich ihm mit dem gestielten Taschenmesser einen heftigen Stich gegen die Brust bringend, dessen Wirkung jedoch durch die Kleidung abgeschwächt wurde. Das Kriegsgericht der 1. Division Nr. 23, vor dem sich G. am 19. und 20. Februar zu verantworten hatte, sah den Alibibeweis als nicht gelungen an und verurteilte den Angeklagten wegen einfachen und schweren Rückfalldiebstahls in je drei Fällen, Fahnenflucht, Preisgabe eines Dienstgegenstandes, versuchter Brandstiftung, versuchten Totschlags in begrifflichem Zusammenhange mit versuchtem schwerem Raub, begangen auf öffentlicher Straße, zu 6 Jahren Zuchthaus, Verweisung in die 2. Klasse des Soldatenstandes, Entfernung aus dem Heere, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren und Stellung unter Polizeiaufsicht. Gegen dieses Urteil legten sowohl der Angeklagte als auch der Gerichtsherr, Prinz Friedrich August, Berufung ein. Das Oberkriegsgericht trat in fast allen Punkten der Auffassung des Gerichtsherrn bei, hob das Urteil der Vorinstanz auf und erkannte unter Verweisung mildernden Umstände wegen versuchten Mordes und der übrigen Verbrechen auf zwölf Jahre Zuchthaus, zehn Jahre Ehrenrechtsverlust und die bereits vom Kriegsgericht ausgesprochenen Nebenstrafen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Einen Versuch, den ost- und westpreussische Gutbesitzer schon mehrfach und zwar bis jetzt nicht ohne Erfolg gemacht haben, unternimmt auch Rittergutsbesitzer Hübn auf Leisnau bei Struma. Er hat zwei **afrikanische Kamelle** gekauft und wird sie als Zugtiere in der Landwirtschaft verwenden. — Schulkinder entdecken am Sonntag in dem Benzelschen Hohnbüsche zu Großschöna in der Höhe von 7 bis 8 Meter an einer Felsfläche die **Leiche eines Erdhagens**. Da sich niemand fand, der die schon stark in Verwesung übergegangene Leiche aus der beträchtlichen Höhe herabholen wollte, so mußte der Baum gefällt werden. Wie verlautet, soll der Selbstmörder mit einem aus Warnsdorf stammenden Weber, der bereits seit November v. J. vermißt wird, identisch sein. — In der Nähe der Station Pöschitz ist am Mittwoch ein **ruchloser Eisenbahnstreckel** dadurch verübt worden, daß auf den Eisenbahnstrecken sieben sogenannte Taschen und quer über das Gleis ein eiserner mit Eisen beschlagener Druckbaum gelegt worden sind. Jedemfalls hat die Absicht bestanden, den nach 11 Uhr abends von Döbeln nach Riesa fahrenden Personenzug zur Entgleisung zu bringen. — Aus Großschöna wird gemeldet: Am 6. April besuchte der Maurer Giese von Raasdorf bei Rauchaammer seinen in Schönborn wohnhaften Bruder. Abends gegen 7 1/2 Uhr trat er wieder die Rückfahrt an. Da er keine Laterne bei sich hatte, war er genötigt, sich in Frauendorf bei einem Freunde eine zu leihen, bis dahin konnte er ohne Licht fahren. Giese gelangte auch glücklich gegen 1/10 Uhr bis in die Nähe des Bärhauses, doch hatte er es noch nicht erreicht, als hinter ihm im Gebüsch ein Schuß fiel, der jedoch das Ziel verfehlte. Dadurch erschreckt, fuhr Giese etwas schneller. Doch sollte der zweite Schuß besser treffen, die Kugel durchbohrte seinen Hut. Giese verlor nun den Fußweg und gelangte in das ausgefahrene Gleis. Obwohl er schnell wieder auf den richtigen Weg kam, gelang es ihm nicht, sich schnell genug zu entfernen. Ein dritter Schuß traf das Hinterrad, und dadurch, daß es die Luft verlor, war er gezwungen, den Rest des Weges zu Fuß zurückzulegen. Hoffentlich wird die Spur des Mordgelehrten nunmehr bald ermittelt werden.

An die Parteigenossen des Wahlkreises Merseburg-Querfurt. Parteigenossen! Um bei der nächsten Reichstagswahl unsere Gegner aus dem Sattel heben zu können, ist es unsere Pflicht, immer und überall zu agitieren, immer mehr Kämpfer für unsere Ideen zu gewinnen und immer mehr Arbeiter zu überzeugen, daß die einzige Partei, welche das Gute will für die Arbeiterklasse, die sozialdemokratische Partei ist. Um dieses zu ermöglichen, ist es vor allen Dingen nötig, daß unser Kreisverein an Mitgliedern erstarkt, erstarkt in dem Maße, daß wir uns anderen Wahlkreisen gegenüber nicht mehr zu schämen brauchen, wie es thatsächlich heute noch der Fall ist. Es soll nun in nächster Zeit im Wahlkreise ein Flugblatt verbreitet werden, in welchem die Zwecke und Ziele des Sozialdemokratischen Kreisvereins klargestellt werden. Jeder Parteigenosse, welcher es mit unserer Sache ehrlich meint und nicht durch ganz zwingende Gründe abgehalten ist, ist verpflichtet, an der Flugblattverbreitung teilzunehmen. Also aus Wert zur Agitation!

Sozialdemokratischer Verein des Wahlkreises Merseburg-Querfurt.
Der Vorstand: Wilh. Böhm.

Scheuditz.
Die Belegung der zum Distrikt Scheuditz gehörenden Ortschaften mit Flugblättern findet Sonntag den 20. April statt und werden die Parteigenossen ersucht, Sonnabend abends 1/2 9 Uhr in Müllers Lokal zu erscheinen, um das Material in Empfang zu nehmen. Jeder Genosse ist verpflichtet, zu erscheinen.
Die Distriktsleitung.

g. Halle a. d. S., 15. April. Das Landgericht bestätigte heute das vom hiesigen Schöffengericht im Februar verkündete Urteil gegen die Genossen Paul Peterfon, Kiese, Neumann, Arthur Peterfon und Liebmann von Delitzsch. Die fünf Angeklagten hatten am Sonntag den 20. Oktober v. J. in Landsberg Flugschriften, betitelt Die Besteuerung des Hungers, und Volkskalender verteilt und dabei in einigen Fällen,

wie die Anklagebehörde behauptete, für die Kalender Bezahlung genommen. Der Preis 10 Pfg. war darauf gedruckt und das Gericht nahm nicht etwa an, daß die Angeklagten persönliche Vorteile gehabt hätten; sie handelten im Interesse ihrer Partei. Immerhin hätten sie aber, ohne einen Gewerbeschein gefast zu haben, ein der Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen unterworfenen Gewerbe ausgeübt und die Steuerstrafe verwirkt. Die erstgenannten drei Genossen sind zu je 36 M. und die letzteren zu je 6 M. event. entsprechender Haft verurteilt worden. Darum Vorsicht bei dem Verteilen solcher Schriften.

Altenburg, 14. April. Ein schrecklicher Unglücksfall trat sich bei Reparaturarbeiten an der Stadtkirche in Naßla (Sachsen-Altenburg) zu, indem ein Schieferdeckermeister Namens Schweiger aus Orlamünde infolge Ausgleitens von der Spitze des Kirchturmes herabstürzte und mit zerschmetterten Gliedern tot liegen blieb. Der Vermunglichte hinterläßt Frau und Kinder.

Erfurt, 15. April. Wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange standen gestern und heute die Eheleute Beck aus Ilversgehofen vor dem Schwurgerichte. Beide hatten einen Pflegling angenommen, doch schon nach vier Wochen befand sich das vierjährige Pflegekind in einem schrecklichen Zustande. Das Gesicht war zerkratzt, an der Nase befand sich altes eingetrocknetes Blut, an den Armen, Händen und Beinen waren tiefe, verheilte Wunden, der Rücken aufgelegt und mit vertrocknetem Kot bedeckt, ein Fingerglied fehlte gänzlich und ein Daumen nagel war halb abgelöst. Stellenweise war die Haut losgelöst und Fleisch herausgefallen, am linken Arm im Ellbogengelenk sogar der Knochen sichtbar. Der ärztliche Befund wies über 40 Verletzungen nach, die teils gar nicht, teils mit allen schmutzigen Lappen unbestimmter Herkunft verbunden waren. Das Kind starb, als man es den Pflegeeltern fortnahm und in das Krankenhaus einlieferte. Die Anklage führt die Verletzungen und den dadurch verursachten Tod des Kindes auf Mißhandlungen zurück, die es vom Pflegevater erhalten haben soll. Der Kreisphysikus hat Spuren der Mißhandlungen festgestellt. Außerdem giebt die Frau zu, daß sie, obwohl sie syphilitisch krank war, das Kind an ihrer Seite hat schlafen lassen und dessen Wunden mit dem von ihr benutzten, nur ausgewaschenen Verbandzeug verbunden hat. Die Geschworenen sprachen beide Angeklagte der schrecklichen Tötung schuldig. Das Urteil lautete gegen den Ehemann auf 1 Jahr Gefängnis und gegen Frau Beck 6 Monate Gefängnis. Je 5 Monate werden auf die erklarte Untersuchungsfrist angerechnet.

Magdeburg, 15. April. Vor dem hiesigen Schwurgerichte begann heute ein Landfriedensbruchprozeß, der seinen Ursprung in dem vorjährigen Streit der Steinarbeiter in Gommern, Müßy und Preßien hat. In diesem Prozeß haben sich vorläufig nur 12 Angeklagte wegen des vorbeschriebenen Verbrechens zu verantworten. Mitte Mai wird aber ein weiterer Prozeß wegen Landfriedensbruchs vor der Strafkammer des Landgerichts stattfinden, und zwar gegen nicht weniger als 144 Angeklagte, worunter sich allein 82 Frauen befinden. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, am 8. und 9. März vorigen Jahres gemeinsam, teilweise unter Anwendung von Gewalt, die nach Ausbruch des Streiks in den betreffenden Steinbrüchen weiterarbeitenden Arbeiter von der Arbeit verjagt und zum Eintritt in den Verband der Maurer und Steinarbeiter aufgefordert zu haben. Vergehen nach §§ 125 Abs. 47, 78 des Strafgesetzbuches, 152, 153 der Gewerbeordnung. Da zu den 144 Angeklagten noch 127 Zeugen hinzukommen, im Gerichtsgebäude aber entsprechende Räumlichkeiten zur Unterbringung der vielen Menschen nicht zur Verfügung stehen, so ist einer der größten Säle Magdeburgs, der Hofsäler, für Mitte Mai vorläufig für eine Woche in Aussicht genommen, um den vielen Menschen als Unterkunft zu dienen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 16. April.
Eine Konferenz sächsischer Eisenbahn-Arbeiter fand gestern in Dresden im Gebäude der General-Direktion der Staatsbahnen statt. Ursache dazu ist folgendes: Die Betriebswerkstätten der Bahnen (in Widdau, Leipzig, Chemnitz u.) haben seit einiger Zeit wegen „Mangel an Arbeit“ die Einrichtung getroffen, daß die Arbeiter vom 19. d. Mis. ab an den Sonabendnachmittagen „frei“ haben. Natürlich auf ihre eigenen Kosten. Die Eisenbahner sind jedoch der Meinung, daß, wenn die Arbeitszeit vernünftig geregelt würde, diese unliebsame Einrichtung nicht nötig würde. Die Betriebswerkstätten entsandten daher je einige Delegierte nach Dresden, die mit der General-Direktion über eine eventuelle Verkürzung der Arbeitszeit Rücksprache nehmen soll. Die letztere hatte, da sie vorher von der Sache verständigt worden ist, sich auch bereit erklärt, mit den Abgesandten der Eisenbahn-Arbeiter zu verhandeln. Ueber das Resultat dieser Verhandlungen verlautet noch nichts.

k. Der Verband sächsischer Genossenschaften Vorwärts hat über seine Tätigkeit im Jahre 1901 einen gedruckten Bericht erscheinen lassen, dem eine knappe Statistik angehängt ist. Dem Verbands gehören 48 Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht, 1 mit unbeschränkter Haftung und 2 Aktiengesellschaften an. 18 Genossenschaften gehören gleichzeitig dem Allgemeinen Verband deutscher Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften an. Die 43 Vereine, die Berichte eingeleistet haben, hatten eine Mitgliederzahl von 96743 und einen Warenumsatz von rund 28 1/2 Millionen Mark. Die an die Mitglieder verteilte Dividende betrug 3068116 M. Die Dividende beträgt bei den einzelnen Vereinen 7 bis 18 Proz. und ist im Durchschnitt auf 12 Prozent zu berechnen. Zwei Vereine konnten überhaupt keine Dividende verteilen; es waren dies der Konsumverein Hauszahl in Verdau und der Konsumverein Schöneck i. V. Bei letztgenanntem Verein ist der Mißerfolg mit auf das Konto seines ungetreuen Kassierers zu setzen, der sich inzwischen entleibt hat. Der weitaus bedeutendste, dem Verbands angehörende Verein ist der Konsumverein Leipzig-Blagowitz und Umg. Der kleinste der aufgeführten Vereine ist der Konsumverein Altstadt-Waldenburg mit 95 Mitgliedern und 9484 M. Warenumsatz. Im Laufe des Jahres 1901 verwandelten sich vier dem Verbands angehörende Produktverteilungsvereine in Genossenschaften.

Die Stiftung für Erbauung billiger Wohnungen will mit dem Bau von Familienhäusern in L.-Neubitz bald beginnen, und zwar auf der von ihr erworbenen Parzelle 354, die innerhalb des Plangebietes gelegen ist, das von der Riebeckstraße, der Stötterischer Straße, der Verbindungsbahn und der Eisenburger Bahn begrenzt wird. Der Bebauungsplan für das Gelände ist noch nicht festgelegt. Die Stiftung hat deshalb den Rat gebeten, jetzt schon die Straße 3 und die verlängerte

Distrafte festzustellen, damit die Erbauung der Häuser in Angriff genommen werden kann. Der Rat hat diesem Ersuchen entsprochen und ersucht die Stadtverordneten, den Feststellungen der beiden Straßen zuzustimmen.

Volksverein Plagwitz-Rindenu. Der 10. literarische Abend bot dem zahlreich erschienenen Publikum gleich den früheren einige genussreiche Stunden. Genosse Hennig entwarf ein klares Bild von dem großen Maler und Dichter W. Busch, das er durch verschiedene Vorlesungen aus dessen Werken noch vervollständigte. Buschs sämtliche Werke sind jetzt in der Bibliothek zu haben. — Dieser Abend schloß die 3. Winteraison ab. Mit Genugthuung konnte in dem statistischen Rückblick konstatiert werden, daß diese Einrichtung vielen Bedürfnis geworden ist. Während im ersten Jahr (Faust-Vorlesung) ein durchschnittlicher Besuch von 16 Personen zu verzeichnen war, stieg derselbe im zweiten Jahr auf 66, um in diesem Winter mit der Höchstzahl von 180 und der Mindestzahl von 86 einen Durchschnitt von 185 zu ergeben. Da bekanntlich auch die Bücherentnahme der Bibliothek rapid gestiegen ist, darf wohl der Beweis für erbracht gelten, daß der Arbeiter auch für andere als Schundliteratur Interesse hat.

Die Vorkellung der Räuber durch die Leipziger Studenten fand in Ansterdam vor ausverkauftem Hause statt und erzielte einen großartigen Erfolg; die einzelnen Darsteller wurden auf offener Scene applaudiert. Wegen der Unruhen in Brüssel wurde beschloffen, vorläufig nicht nach Brüssel zu gehen.

Bahnsteigkarten. Gleichzeitig mit Einführung einer verschärften Kontrolle der Rückfahrkarten hat der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten eine Verfügung erlassen, durch die im Bereich der preussisch-hessischen Staatsbahnen die Gültigkeit der Bahnsteigkarten fortan auf den Kalendertag beschränkt wird, an dem die Karte benutzt und vom Bahnsteigöffner mit der Schanze entwertet ist. Die zwischen 11 und 12 Uhr nachts zum Verlassen des Bahnsteigs entwerteten Karten gelten zum Verlassen des Bahnsteigs auch noch am folgenden Tage und werden zu diesem Zwecke durch eine zweifache Lochung besonders gekennzeichnet. Es kommen deshalb jetzt neue Bahnsteigkarten zur Ausgabe, denen ein Vermerk über die Gültigkeitsdauer aufgedruckt ist. Wer den Bahnsteig mit ungültiger Bahnsteigkarte betritt oder verläßt, hat den für solche Fälle festgesetzten Strafbetrag von 1 Mark zu zahlen. Außerdem wird untersucht werden, ob der Betreffende sich etwa einer Fahrgeldhinterziehung oder eines Betrugsversuchs schuldig gemacht hat, zu welchem Zwecke seine Persönlichkeit festgehalten wird.

Sommerfahrplan. Am 1. Mai tritt auf den sächsischen Staatsbahnen und den mitverwalteten übrigen Eisenbahnen der Sommerfahrplan in Kraft. Nähere Auskunft erteilen bereits jetzt die Stationen und Anstaltsstellen. Bei beiden ist auch der neue Fahrplan in Buchform zum Preise von 10 Pfg. und in Aushangsform zum Preise von 50 Pfg. verlässlich.

Patentanmeldungen sächsischer Erfinder. Gegen diese Patentanmeldungen kann bis zum 10. Juni Einspruch erhoben werden. Nr. 25. Häckerei. M. 20474: Kneifzylinder für Knetmaschinen mit einander diagonal gegenüberliegenden, etwa über die Hälfte der Troglänge reichenden Bängsarmen in der äußersten Umfassung. Maschinenfabrik und Eisengießerei Pirna, Gebr. Lein, Pirna. — Nr. 841. Hauswirtschaftliche Maschinen. W. 18011: Zusammenlegbarer Kleiderbügel. F. W. Walter, Dresden, Moritzstr. 20. — Nr. 45. Land- und Forstwirtschaft. P. 12644: Auswechselbarer Hufeisengriff, der durch Reibwirkung in dem Eisen befestigt wird. A. J. Pleßig u. O. Reiffig, Briesau b. Glauchau.

Mit Karbolsäure vergiftete sich heute früh ein im Grundstücke Marktstraße 10 in L.-Neustadt wohnender, 57-Jahre alter Arbeiter aus Pöschitz bei Raumburg. Der Beweggrund zu dem Selbstmord ist unbekannt.

Vom der Straße. Auf einem Lagerplatz zwischen der Dresdener Bahn und der Neuhäuser Tauchaer Straße gingen gestern nachmittag die Pferde eines mit Brettern beladenen Wagens durch. Die Tiere jagten durch die Friedrichsdistrafte bis zur Gartenstraße, wo sie an ein Wäderschiff anprallten und dies beschädigten. Dort gelang es endlich, die Tiere zum Stehen zu bringen. — Am Johannisplatz stieß gestern nachmittag in der 1. Stunde ein Motorwagen mit einem Postgeschirr zusammen. Letzteres wurde umgeworfen, doch ist kein erheblicher Schaden verursacht worden. — Einige Stunden später wurde an derselben Stelle ein 12jähriger Knabe von einem Postgeschirr überfahren. Der Knabe trug außer verschleuderten anderen Verletzungen auch einen Unterschenkelbruch davon und mußte in Behandlung des Krankenhauses gegeben werden.

Kleine Polizeinachrichten. In einem kaufmännischen Geschäft der Westvorstadt machte sich ein 22jähriger Commis aus Chemnitz wiederholter Gelbbiebstähle schuldig. Der Commis wurde in Haft genommen.

Ein 19jähriger Dienstmädchen stahl seiner Dienstherrin unter erschwerenden Umständen nach und nach Gelbbeträge in Höhe von 100 Mark und wurde deshalb ebenfalls in Haft genommen. Weiter ist ein 25 Jahre alter Bergarbeiter aus Bohanowitz wegen Diebstahls in Haft genommen worden. Der Betreffende stahl seinem Schlafkollegen den Winterübergießer. Die Verhaftung des Diebes erfolgte, als er das Kleidungsstück verpacken wollte.

Verschiedener Unredlichkeiten hat sich ein in einem hiesigen jahntechischen Institut beschäftigt gewesener 21 Jahre alter Jahntechniker schuldig gemacht. Er wurde deshalb festgenommen.

In der Salomonstraße sind gestern von einem Buchhändlerwagen eine Anzahl Barpakete samt den Rechnungen entwendet worden. Der Dieb hat die Pakete abgeliefert und die Beträge dafür entkassiert.

Aus dem Vorfall einer Bohnung in der Eiferstraße wurde ein Sommerüberzieher von grauem Stoff gestohlen.

Von einem Kollwagen ist am 14. d. M. ein Ballen mit Futterstoffen entwendet worden.

In einer der letzten Nächte wurde aus einem Restaurant in der Marktstraße in L.-Neustadt ein Sommerüberzieher von grauem Stoff gestohlen; den Weg in das Restaurant nahm der Dieb durch ein offen gelassenes Fenster.

In der Eisenbahnstraße zu L.-Neustadt ketierte gestern nachmittag ein 18 Jahre alter Knabe auf einen im Gange befindlichen Lastwagen und geriet mit dem rechten Beine zwischen ein Rad und die Wagenwand. Zum Glück kam der Junge mit unerheblichen Verletzungen davon.

Vereine und Versammlungen.

Der Wahlverein für Leipzig-Stadt hielt am 15. April eine öffentliche Versammlung in der Flora ab, in welcher Redakteur Gen. Goldstein einen Vortrag über Religion und Sozialdemokratie hielt. Redner kennzeichnete in klarer Weise die verschiedenen Stadien der Entwicklung der religiösen Anschauungen und ist der Meinung, daß der Begriff von Religion (Gottesbegriff) zu verschiedenen Zeiten auch ein wesentlich verschiedener war. Religion sei etwas, das jeder einzelne mit sich selbst abzumachen habe. Im großen Ganzen seien wir heute christlich noch nicht mit dem Gottesbegriff fertig. Nicht der Gottesglaube sei dem Menschen angeboren, sondern das Selbstgefühl, und aus diesem heraus seien die verschiedenen religiösen Anschauungen hervorgegangen. Während Naturforscher die menschliche Entwicklungsgeschichte auf 140 000 Jahre zurück-

aller, kenne das Alte Testament nur die Geschichte der Menschheit... 5000 Jahren zurück. Die herrschenden Klassen haben es...

dadurch der Fehler schuldig gemacht. Das Gericht er-... wegen seiner neuen Taten auf 3 Jahre...

Aus der Partei.

Ein eifriger und unermüdlicher Parteigenosse, der... in Magdeburg ist am Montag abend...

Genosse Beyer, der frühere Redakteur der Erfurter Tribüne... hat das Gefängnis, in dem er infolge...

Soziale Rundschau.

Volkswirtschaftliches.

Der künftige Direktor der Accumulatorenwerke in Frank-... ist bei Döppert a. Rh., als Beiche...

Neber die Entwicklung der deutschen Eisen- und Stahl-... in den letzten Jahrzehnten hat Dr. H. Krensch...

Der Staat als Kohlenwucherer. Wegen die Angriffe, die in... letzter Zeit mit Recht gegen das Kohlenmonopol...

Sozialpolitisches.

Der internationale Arbeitervereinskongress, der bis-... her stets im Ausland (Paris, Bern, Mailand, Brüssel, Paris)...

d. Sozialpolitik in Deutschland. Während Tausende Arbeiter... beschäftigungslos untertauchen, werden manchen Ort...

Gewerkschaftliches.

ac. Deendete Streiks in Frankreich. Die in Roubaix und... Tourcoing ausgebrochenen Streiks...

Der Krieg in Südafrika.

Die Friedensverhandlungen stoden. Daily Mail erfährt, in den Friedensverhandlungen sei... eine Stöckung eingetreten.

Montag in Pretoria aufgestellt worden, seien folgende: Die... Wuren erklären sich mit einer allgemeinen Uebergabe...

Von Nah und Fern.

Ein Pfarrer 100 000 Mark unterschlagen. Brandenburg, 15. April. Wegen Urkundenfälschung und... Unterschlagung von Kirchengeldern wurde der Pastor...

Ein seltsames Begräbnis. Das Begräbnis eines leeren Sarges, noch dazu vom... städtischen Friedhofe weg, wäre vergangene Woche...

Aus der Standaalchronik. Aus Köln teilt die Rheinisch-Westfälische Zeitung auf... Grund authentischer Erfundigungen folgendes mit:

Telegraphische Depeschen.

Privattelegramme der Leipziger Volkszeitung. Dresden, 16. April. Die Erste Kammer des sächsischen... Landtages lehnte...

Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Table with 3 columns: Product (Weizen, Roggen, Getreide, etc.), Quantity, and Price. Includes sub-sections for 'Ausseramtlich' and 'Weizenmehl'.

Arbeiterverein Stötteritz. Am 12. April fand die regelmäßige Versammlung statt. Genoffin Weber hielt einen Vortrag über Störungen der Unter-... leiborgane.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 16. April.

Hoteldiebstähle. Der erst 22 Jahre alte, aus... Ritzgenheim bei Waldheim gebürtige Hausdiener Robert...

Reichstag.

42. Sitzung der Bolltarifkommission.

Sächsischer Landtag.

165. Sitzung. Dienstag den 15. April 1902, 2 Uhr.

(Eigenbericht der Leipziger Volkszeitung.)

76. Sitzung der Zweiten Kammer.

s. Dresden, 15. April.

Berlin, 15. April 1902.

Im Bundesratlich: Graf Posadowsky. Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung mit einer herzlichen Begrüßung an die Abgeordneten und widmet sodann dem verstorbenen Abg. Lieber einen warmen Nachruf, „der bis zum letzten Augenblick mit der größten Selbstlosigkeit und unter den schwersten körperlichen Schmerzen mit Mut und Kraft für des Vaterlandes Herrlichkeit gerungen hat“.

In das Haus eingetreten ist der Abg. Bernstein (Soz.). Auf der Tagesordnung steht die Weiterberatung der Seemannsordnung in zweiter Lesung.

Die Beratung beginnt bei § 54: Fürsorge für den erkrankten oder verletzten Seemann. Der Rheber hat die Kosten der Verpflegung und Heilbehandlung zu tragen a) bis zu 3 Monaten, wenn der Seemann wegen der Krankheit die Reise nicht antritt, b) wenn er die Reise angetreten hat, bis zu 3 Monaten nach dem Verlassen des Schiffes in einem europäischen Hafen, mit Ausnahme der Häfen der Türkei, des Schwarzen Meeres und des Nordischen Meeres, und bis zu 6 Monaten nach dem Verlassen des Schiffes in einem außer-europäischen oder türkischen Hafen. Im weiteren bestimmt der Paragraph, daß der Rheber verpflichtet ist, die Verpflegung und Heilbehandlung in einer Krankenanstalt vornehmen zu lassen. Erkrankt ein Seemann außerhalb des Reichsgebietes, so kann er nach einem deutschen Hafen in eine Krankenanstalt überführt werden. Weigert er sich, so kann das Seemannsamt die Ernächtigung gehen. Findet die Ueberführung nach einem deutschen Hafen statt, so hat der Rheber für die Kosten der Behandlung während dreier Monate nach der Aufnahme im Krankenhaus einzustehen. Entsteht sich der Seemann während der Heilbehandlung ohne berechtigten Grund, dann verliert er den Anspruch auf kostenfreie Verpflegung und Heilbehandlung.

Die Sozialdemokraten beantragen, die Verpflichtung des Rhebers für den Kranken Seemann zu sorgen, statt auf 3 Monate auf 26 Wochen auszuweihen in allen Fällen, wo die Vorlage 3 Monate vorseht. Tritt der Seemann die Reise an und kehrt mit dem Schiff zurück, dessen Rückreise jedoch nicht in einem deutschen Hafen endet, so soll der Rheber bis zum Ablauf von 6 Monaten für die Rückkehr des Schiffes im Falle der Krankheit für den Seemann sorgen. Für die gleiche Frist soll der Rheber verpflichtet sein, wenn der Seemann während der Reise am Lande zurückgelassen werden mußte. Im Falle einer Verletzung soll die Verpflichtung des Rhebers erst mit dem Zeitpunkt auslöschen, mit dem die Berufsgenossenschaft die Fürsorge für den Verletzten übernimmt. Weiter soll dem Seemann das Recht gegeben werden, seinen Transport nach einem deutschen Hafen im Falle einer Krankheit durch seine Weigerung zu verhindern. Entsteht sich ein Seemann ohne berechtigten Grund der Heilbehandlung, so soll er den Anspruch auf kostenfreie Verpflegung und Heilbehandlung verlieren, sofern er auf diese Folgen hingewiesen und dem Seemannsamt nachgewiesen wird, daß der Seemann durch sein Verhalten die Heilung verzögert oder wesentlich erschwert hat.

Die Abg. Kirch und v. Savigny (Centr.) beantragen eine Fällung dieses Paragraphen, wonach der Rheber die Kosten für den erkrankten Seemann bereits zu tragen hat, sobald dieser angetreten ist. Ferner soll die Ausnahmeregelung für die türkischen Häfen beseitigt und nur unterschieden werden zwischen deutschen und anderen Häfen. Im ersten Fall hat der Rheber für drei, im anderen Fall für sechs Monate für den erkrankten Seemann zu sorgen. Der Verlust des Anspruches auf kostenfreie Verpflegung und Heilbehandlung soll noch davon abhängen, daß der Seemann, der sich einer ärztlich angeordneten Behandlung entzieht, hierdurch die Heilung nach ärztlichem Gutachten verzögert oder wesentlich erschwert hat.

Abg. Kahndt (Centr.) wünscht nur die Beseitigung der Ausnahmebestimmung für die türkischen Häfen.

Abg. Dr. Arendt (Reichsp.) beantragt, die Verpflichtung für den Rheber zu streichen, einen Kranken Seemann nach einem deutschen Hafen zu überführen. Er soll ihn auch in die Krankenanstalt eines außerdeutschen Hafens unterbringen können.

Abg. Stadthagen (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag. Die Schiffleute haben einen besonders gefährlichen Beruf und es ist dringend nötig, im Falle einer Erkrankung für den Seemann 26 Wochen zu sorgen.

Abg. Kirch (Centr.): Was den Antrag Albrecht anlangt, so sind wir bereit, für den ersten Absatz desselben zu stimmen, der bestimmt, daß die Verpflichtung des Rhebers mit dem Zeitpunkt aufhört, mit dem die Berufsgenossenschaft die Fürsorge für den Verletzten übernimmt. Die übrigen Anträge Albrecht bitte ich abzulehnen.

Abg. Kollendörfer (Soz.): Die Bestimmung der Kommission bedeutet direkt eine Verschlechterung für die Seeleute. Früher hatten sie fast allgemein Anspruch auf eine 6monatliche Fürsorge, während hier die Heilbehandlung nur 3 Monate dauern soll, wenn der Seemann die Reise nicht antritt oder das Schiff in einem europäischen Hafen verläßt.

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.) beantragt, daß die Zustimmung des Seemanns zu seiner Ueberführung in eine deutsche Krankenanstalt außer durch das Seemannsamt auch durch den behandelnden Arzt erfolgen kann.

Unterstaatssekretär Rothke: Die Vorlage enthält doch, was kann nicht geleugnet werden, wesentliche Verbesserungen für die Seeleute. Redner bittet um Ablehnung der Anträge Albrecht und auch des Antrags Kirch, soweit er über die Kommissionsfassung hinaus die Rheber belastet.

Abg. Baumann (freis. Sp.): Ich bin mit den Sozialdemokraten der Meinung, daß man hier die Gelegenheit benutzen muß, um die Lücke zwischen der Kranken- und der Invalidenunterstützung auszufüllen. Zur Ueberführung des Kranken in die Heimat muß nach meiner Meinung die Einwilligung des Betroffenen und die Zustimmung des behandelnden Arztes vorliegen.

Abg. Herzfeld (Soz.): Der Ausschluß derjenigen Schiffleute von der sechsmonatlichen Behandlung, die in einem europäischen Hafen zurückgelassen werden, bedeutet den Ausschluß des größten Teils der Seeleute. Die Tuberkulose, die man geradezu als Berufskrankheit der Seeleute bezeichnen kann, und die Geschlechtskrankheiten erfordern eine 26wöchentliche Behandlungsdauer. Was den eventuellen Verlust des Anspruches auf kostenfreie Behandlung angeht, so muß ich natürlich in erster Linie um Annahme unseres Antrags bitten; sollte dieser abgelehnt werden, so werden wir für den Antrag Kirch eintreten.

Abg. Schwarz-Büchel (Soz.) bittet um Annahme des Teils des Antrags Kirch, der die Heilbehandlung auch eintreten lassen will, wenn der Seemann „nach der Amustierung“ erkrankt.

Abg. Stadthagen (Reichsp.): Wir werden für den Antrag Kirch stimmen, daß die Verpflichtung des Rhebers aufhört, sobald die Berufsgenossenschaft die Fürsorge für den Verletzten übernimmt. Die übrigen Anträge Albrecht sind für uns unannehmbar.

Nach kurzer Debatte wird die Diskussion geschlossen.

In der Abstimmung werden die Anträge Kirch angenommen, von den Anträgen Albrecht wird nur der vom Abg. Kirch befürwortete Absatz angenommen, sowie das Amendement Herzfeld, wonach die Weigerung des im Auslande erkrankten Seemannes in ein deutsches Krankenhaus überführt zu werden, erstattet werden kann nicht nur durch das betreffende Seemannsamt, sondern auch durch die Anordnung des behandelnden Arztes.

Mit diesen Änderungen wird der § 54 in der Kommissionsfassung angenommen, desgleichen debattelos § 55.

Darauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr verlagert.

Vor Eingang in die Beratung der vorliegenden Positionen des Tarifs verwarf die württembergische Bundesratsbevollmächtigte v. Schneider unter Heiterkeit das bieder Schwabenvolk gegen eine frühere Behauptung v. Karborffs, der bei der Position Wettnoll die Schwaben als „sehr trinkfest“ bezeichnet und auf den starken Branntweinkonsum hingewiesen hatte. Der Sinn der Erklärung v. Schneiders gipfelt in statistischen Nachweisen, daß die Schwaben auch nicht mehr trinken, als andere deutsche Volkstämme.

Die unerhörte Dreistigkeit der Agrarier, dem deutschen Volke den Fleischgenuss durch künstliche Preisverteuerung einzuschränken, wird bei der Position Schafzoll (Kompromißantrag 18 Mt. pro Doppelcentner) vom Abg. Stadthagen als Auswucherung des Volkes bezeichnet, da die Einfuhr von Schafen verhältnismäßig gering sei, die Ausfuhr dagegen viel größer. Auch um der Hebung der Schafzucht willen müsse eine Verjüngung abgewiesen werden. Deshalb beantragten die Sozialdemokraten Zollfreiheit.

Der Graf Schwerin-Bühwisch sucht die Rede Stadthagens unter anderem zu parieren mit der unmaßlichen Bemerkung, man sollte den Landwirten das Urteil darüber überlassen, was zu ihrem Vorteil sei. Starke Widerspruch rief seine Bemerkung hervor, daß der Fleischkonsum sich seit ca. 50 Jahren verdreifacht habe, daß die Zölle also nicht beeinträchtigend auf denselben wirkten.

Stadthagen erwidert den Agrariern, sie ruinieren durch die Zölle die kleine Landwirtschaft zu Gunsten des Großgrundbesitzes, denn die Zölle trieben zur extensiven Betriebsweise. Wenn die Großgrundbesitzer nicht mehr glauben ergötzen zu können, sollte man sie expropriieren. Meinetswegen, sagte er, könnte dann denen eine Geldrente gegeben werden, die zur rückständigen Betriebsform zurückzuführen wolle.

Auf eine Anzuspitzung des Abg. Schrader (freis.), wie die Regierung sich zu diesem agrarischen Hochzoll stelle, erklärt der Staatssekretär Graf v. Posadowsky ziemlich pflücker, es könne nicht die Aufgabe der Regierung sein, zu jedem Antrag Stellung zu nehmen und einen Kampf um Details zu führen; die Stellung der Regierung komme im Entwurf zum Ausdruck.

Der Kompromißantrag wird mit 18 gegen 10 Stimmen angenommen. Es stimmt dafür der Nationalliberale Sieg. Zwei freisinnige Abgeordnete (Wischbeck und Müller-Sagan) sind nicht anwesend.

Gefährlicher noch für die Volksernährung wirkt der Schweinezoll, der nach dem Entwurf pro Doppelcentner Lebensgewicht 10 Mt., nach dem Mehrheitsantrag 18 Mt. betragen soll. Für den sozialdemokratischen Antrag auf Zollfreiheit tritt der an Stelle des vorübergehend ausgeschiedenen Abg. Rolfenbuhr in die Kommission eingetretene Abg. Haase-Königsberg in längerer Rede ein.

Haase wies darauf hin, daß der im Tarif beantragte Zoll pro Schwein 15 Mt. betragen würde; der im Antrag Gamp und Genossen der 27 Mt. Schweinezucht und Fleischpreise sind gesiegen, welche Thatfache widerlegt alle Gründe, die für Zölle angeführt werden.

Man schiebt die Schuld an den hohen Preisen den Detailscheidern zu, aber das stimmt nicht; die Ladensteiger können den Schwankungen der Fleischpreise gar nicht so schnell folgen. Redner erklärt aus mehreren statistischen Nachweisen, auch landwirtschaftlichen, daß die Preissteigerung im Großhandel eintrat und dann erst im Detailhandel.

Dazu hat das Fleischverbot, besonders mitgewirkt, daß die Wurstfabrikation im Innern gefördert und stärkerer Fleischverbrauch hervorgerufen hat. Die Seuchengefahr war für das Einfuhrverbot ein Vorwand ohne Grund. Die Grenzperre ist zur Verhinderung des Kollapses etc. nicht nötig.

Die Industrie und ihre Arbeiter werden durch diese Fleischverteuerung stark geschädigt. In dem hochindustriellen Sachsen erkennt man diese Gefahr. Die Ernährung der Arbeiter wird geschwächt, ihr Einkommen durch hohe Fleischpreise geschmälert, ihre Lage herabgedrückt. Aber auch der Mittelstand, für den angeblich die Agrarier eintreten, wird geschädigt.

Für die Agrarier übernimmt die Verteilung Abg. Gamp, der mit dem hohen Zoll eine Erhaltung der jetzigen Produktion und Frucht von Schweinen angeblich erstreben will. Diese vorgeschobene Absicht wird in ihrer Sphäre von dem Abg. Müller-Meinungen scharf beleuchtet. Die deutsche Landwirtschaft könne den Bedarf an Schweinen nicht decken; das steigere in Verbindung mit der Sperre die Preise und rechtfertige in keiner Weise höhere Zölle.

Graf Posadowsky verteidigt die Regierungsvorlage mit dem Hinweis, daß es aus handelspolitischen Gründen gefährlich sei, vorzulegen die Positionen des Entwurfs durch höhere Zollforderungen, wie im Kompromißantrag, abzumildern. Aber diese vom Staatssekretär oft wiederholte Klage zieht bei den Agrariern keine Wunden; sie fordern verstoßt noch mehr. Der Landwirtschaftsminister v. Pöbdeley wendet sich, wie immer, gegen die Opposition von der linken Seite, verteidigt die Sperre, schildert agrarisch beweglich die Schwankungen der Preise und stellt auf diese Weise den Agrariern das Rückgrat gegen die Vorwürfe seines Kollegen Graf Posadowsky, welche letzterer offenbar mit seinen Klagen gegen die agrarische Mehrheit höchst hoffentlich Intentionen folgt. Dieser auffällige Widerspruch im Auftreten der Minister jetzt, wie die Agrarier in der Regierung Verwirrung anzurichten bestrebt sind.

Stadthagen bittet zur Geschäftsordnung in ironischer Weise, den Teil der Ausführungen Pöbdeleys, der sich gegen den Sammelantrag der Kommissionsmehrheit richtet, im Protokoll niederzulegen. Verdächtigt des Landwirtschafministers und Heiterkeit bei der Opposition.

Die Agrarier Graf Kanitz, Herold (Centr.), Graf Schwerin treten für den Sammelantrag ein; Graf Schwerin beruft sich bezüglich der Sperre auf den toten Bismarck, der sie aus veterinarpolizeilichen Gründen befristet habe. Graf Posadowsky spricht nochmals auf die agrarische Opposition ein und hält ihr vor, ihr gefährliches Beginnen mit einem Akt verdeckter Schutzpolizei auszuführen. Wenn wir Handelsverträge abschließen, würden die Agrarier ja sehen, ob die Regierung ihre Pflicht erfüllt habe. Der autonome Zolltarif dürfe nicht in der beliebigen Weise belastet werden.

Abg. Antrich tritt für Zollfreiheit ein und wendet sich in scharfen Worten gegen die Agrarier; deren widerspruchsvolle Ausführungen bewiesen, daß sie kein gutes Gewissen hätten.

Dem draufgängerischen Agrarierfreund, Abg. Heim, mahlt die parlamentarische Zollmühle viel zu langsam, er will der Fortwärtigkeit in der Kommission durch eine entscheidende Erklärung der Regierung ein Ende gesetzt sehen. Was habe diese Wursterei noch für Wert? Die Regierung bekomme auch in der zweiten Lesung keine Mehrheit, ihn und seine bayerischen Freunde mache man nicht müde. Diese Draufgängererei geht natürlich den führenden Elementen des Centrums wider den Strich; sie ziehen ja gerade die Sache hin, um Zeit zu einer Verständigung mit der Regierung zu gewinnen.

Der Staatssekretär, Graf Posadowsky, von dem Heim sagte, er habe auf seiner Rolle nur immer das nichtbiagende Wort: Unannehmbar, war bei dieser Anzuspitzung nicht mehr anwesend.

In der Abstimmung wurde der Sammelantrag Gamp (18 Mt. pro Doppelcentner) angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch 9 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht der Finanzdeputation A über das Dekret Nr. 6, den Personal- und Besoldungsetat der Landesversicherungsanstalt betreffend.

Der Berichterstatter Abg. Gontard hat nichts weiter zu bemerken, als den Antrag zu stellen, die 526810 Mt. betragenden Ausgaben zu bewilligen. Das geschieht auch sofort, da niemand das Wort wünscht.

Außerdem steht noch eine Petition der Erpedienten der Brandversicherungsinspektionen zur Beratung. Die Petenten ersuchen um Verleihung der Staatsbienereligion. Der Berichterstatter weist darauf hin, daß diese Forderung schon mehrmals an die Kammer gestellt wurde, die Regierung aber immer einen ablehnenden Standpunkt eingenommen habe. Aus der Petition geht hervor, daß die Erpedienten ziemlich schlecht bezahlt werden, denn der Unterzeichner führt nach den Ausführungen des Berichterstatters unter anderem auch an, daß er monatlich 80 Mt. Gehalt bezöge. Hierzu bemerkt der Abg. Gontard jedoch, daß dieser Herr eine besser bezahlte Stelle, die ihm angeboten worden sei, ausgeschlagen hätte.

Da auch zur Petition niemand das Wort verlangt, beschließt man nach dem Antrage der Deputation, die Petition auf sich beruhen zu lassen.

Dauer der Sitzung 5 Minuten. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. Tagesordnung: Bericht der Gesehungsdeputation über den Gesehwurf betreffend die Ausübung der Jagd und die Schonzeit der jagdbaren Tiere in Ansehung der wilden Kaninchen.

Verene und Versammlungen.

Müllerversammlung.

In der Versammlung am 13. April referierte Kollege Anders über das Krankenlaffenwesen. Redner gab einen geschichtlichen Rückblick über die Entstehung der verschiedenen Klassen, kritisierte scharf die rückständige Form der Gemeindefrankenkassen und sprach zum Schluß seiner mit Beifall aufgenommenen Ausführungen den Wunsch aus, daß die geschichte Mindestleistung sämtlicher Klassen in der dem Reichstage hoffentlich recht bald zugehenden Krankenlaffennovelle von 18 auf 26 Wochen erhöht würde. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten. Unter Gesehwurfschiffen wurde auf die Bedeutung der Kaiserer aufmerksam gemacht. Ferner wurde ein Beschluß gefaßt, in Leipzig jeden zweiten Sonntag im Monat Versammlungen abzuhalten, in Schiedlich dagegen dieselben für das Winterhalbjahr wegen des zu schlechten Besuches ausfallen zu lassen. Kollege Gamp erstatte ausführlichen Bericht über die stattgefundene Gausekonferenz, und sieht sich zu der Erklärung genötigt, daß mit den den Gausekonferenz gemäß gewährten Mitteln unmöglich etwas Positives geleistet werden könne. Es wird ein Antrag angenommen, wonach die Zahlstelle Leipzig nur die Delegationskosten ihrer eigenen Delegierten decken will, alle weiteren Unkosten dagegen ablehnt. Zur nächsten, in Leipzig stattfindenden Konferenz sollen nur zwei Delegierte entsendet werden. Die Diskussion über einen ferneren Antrag, das Verbandsorgan nach Austritt der Kontributoren nur alle 14 Tage erscheinen zu lassen, mußte wegen vorgerückter Zeit zur nächsten Versammlung verschoben werden.

Die Gause.

hielten am 12. April eine gutbesuchte Mitgliederversammlung in der Krosa ab. Zunächst hielt Kollege Winkler einen lehrreichen Vortrag über Unfall- und Krankenversicherung; ferner schilderte er das Krankenlaffenwesen in ausführlicher Weise; auch teilte er mit, wie bei vorkommenden Fällen zu verfahren sei. Die Versammlung spendete dem Referenten lebhaften Beifall. Weiter erstatte Kollege Schiebel ausführlichen Bericht über die Thätigkeit des Gesehwurfschiffes. Aus den Ausführungen gehen wir hervor, daß die Metallarbeiter ein eigenes Statut herausgegeben haben, mit dem sich die Gause jedoch nicht einverstanden erklären können. Sie protestieren vielmehr gegen die von den Metallarbeitern beabsichtigte Vergehwaltung der kleinen Gewerkschaften. Als Delegierte wurden die Kollegen Schiebel und Heim einstimmig wiedergewählt. Ferner erstatte Kollege Vorname Bericht über die Thätigkeit der Lohnkommission; von dieser wurden 6 Sitzungen abgehalten. Diese beschäftigten sich mit Tarifverhandlungen bei 6 Meistern; bei sämtlichen Meistern war ein Erfolg zu verzeichnen. Die weiteren Sitzungen wurden zwecks Agitation abgehalten und zwar in Dösch und Lauta. Ferner kam durch das Mitwirken der Lohnkommission die Verschmelzung des Unterstützungsfonds mit der Lokallasse zu stande. Weiter wurde zur Kaiserer Stellung genommen. Die Kollegen werden ersucht, bei ihren Arbeitgebern um Freigabe des 1. Mai vorstellig zu werden. Also Kollegen, erscheint alle, wo es nur irgend angängig ist, zum 1. Mai zum Weltfeiertag. Kollege Reinhardt ersucht um Einsetzung aller noch ausstehenden Unterstützungsfondskarten. Von der Entsendung eines Delegierten zum Gesehwurfskongreß nach Stuttgart will die hiesige Zahlstelle absehen; sie protestiert aber gegen die Verwaltung der Gausekommission und zwar mit Recht; erkennt sie doch das Leipziger Gesehwurfschiff nicht als Mitglied an, sondern hat es aus ihren Listen gestrichen.

Vollbildungverein Leipzig-Gohlis.

Sonntag den 13. April hielt Genosse Franz Schieffel einen Vortrag über Ueberseefische Reisen, Land und Leute in Amerika. Der Referent führte zunächst den Anwesenden in recht anschaulicher und leicht verständlicher Weise die Beschaffenheit eines großen Ocean-Passagierdampfers vor Augen. Die Fahrt selbst beschrieb Genosse Schieffel eingehend und schildert dann die Einfahrt in den Hafen von New York, sowie den gewaltigen Verkehr ebendortselbst. Redner kommt dann auf die gewerkschaftlichen Verhältnisse in Amerika zu sprechen, schildert die dortigen Sitten und Gebräuche, die Rechte der Frau, das Militärwesen und das politische Leben. Der Vortrag bot den Anwesenden eine fülle interessanter Kenntnisse; sie sorgten auch nicht mit dem Beifall.

Der Gemeinnützige Verein für Sommerfeld-Engelsdorf

hielt am Sonntag seine Mitgliederversammlung im Gasthofe zu Engelsdorf ab. Nachdem drei neue Mitglieder Aufnahme gefunden hatten, referierte Gemeindevorstand Wilhelm für Engelsdorf über die stattgehabten Gemeindevorstandssitzungen, über die die Volkszeitung schon berichtet hat. Hieraus teilte der Vorsitzende die Antwort der Superintendentur auf die Eingabe der hiesigen Einwohner wegen der kirchlichen Verhältnisse in der Gemeinde Sommerfeld mit; die Antwort verspricht Remebur. Unter Vereinsangelegenheiten macht der Vorsitzende auf den neu erschienenen Arbeiterführer von Dösch aufmerksam und giebt eine Einladung des Volksvereins Wagnitz, Bibliothekangelegenheiten betr., bekannt. Der Vorsitzende und der Bibliothekar werden beauftragt, dieser Versammlung beizuwohnen. Ferner teilte der Vorsitzende mit, daß laut Aufschrift der Eisenbahnstation, dem Vereine auf sein Ansuchen, für die geschlossene Exkursion nach dem Zoologischen Garten eine Preisermäßigung bewilligt worden ist. In der Strafangelegenheit gegen den Vorsitzenden und zwei Mitglieder des Vereines wegen Verstoßes gegen das neue Langregulativ ist von der Amtshauptmannschaft auf erhobenen Rekurrs hin abschläglicher Bescheid erteilt worden; doch soll dabei keine Berührung geschehen, sondern die Sache weiter verfolgt werden. Einer Einladung des Volksbildungsvereines Painsdorf zum Kaisererfestern wird zugestimmt.

Donnerstag den 17. April 1902

abends 8 Uhr

Partei-Versammlung

für den 12. und 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreis

im Pantheon, Dresdener Str.

Tagesordnung:

1. Die Arbeiterklasse und ihre bürgerlichen Freunde.

Referentin: Genossin Rosa Luxemburg, Berlin.

2. Bericht von der Landeskonferenz in Weihen.

3. Bericht des Komitees.

4. Diskussion zu allen Punkten.

Die Versammlung wird pünktlich 8 1/2 Uhr eröffnet. Zutritt nur gegen Parteilegitimation.

Zahlreichen Besuch erwartet

Das Agitationskomitee.

Achtung! Holzarbeiter der Musikbranche.

Freitag den 18. April 1902 abends punkt 8 Uhr

Grosse öffentliche Versammlung

in den Sälen der Flora, Windmühlenstrasse.

Tagesordnung: 1. Holzpolitik und Musikinstrumentenindustrie. Referent: Emil Rosenow, Reichstags-
abgeordneter, Berlin. 2. Die Lage der Leipziger Musikindustrie. 3. Gewerkschaftliches.

Kollegen! Wollen wir unsere Interessen ernsthaft wahren, so kann das nur geschehen, wenn die Versammlung durch massenhaften Besuch zur wirksamen Protestversammlung wird. Wir erwarten, daß jeder Arbeiter in der hiesigen Musikbranche durch seine Anwesenheit mitwirkt, die drohenden Gefahren abzuwenden.

Die Sektionsleitung der Musikinstrumentenbranche.

Wissenschaftlicher, nicht religiöser Vortrag über die Gottesfrage

Freitag den 18. April abends 8 Uhr im Honorarischen Saale (Kosenthal).

Inhalt des Vortrages: Gegen Hädel als Atheisten. Habereit. Ein neuer evidenter, d. h. nicht auf bloßen Analogieschlüssen beruhender wissenschaftlicher Beweis, daß Christus ein höheres Wesen war und daß es einen persönlichen Gott und eine Unsterblichkeit der Seele gibt.

Eintritt 1 Mk., für Studenten die Hälfte, für weniger Bemittelte 30 Pfg. Am 28. April abends 8 Uhr: Vortrag noch einmal. Billets im Vorverkauf in den Cigarren-Handlungen von Flatau, Goethestrasse, Mühlau, Westplatz, und an der Kasse. — Um zahlreichen Besuch bittet

R. H. Hertsch, Schriftsteller und Inhaber eines Pensionats für Knaben.

Naturheil-Verein Priessnitz.

[8516] (Vereinslokal: Biorpalast, Potorsteinweg 19, I.)

Donnerstag den 17. April abends 1/9 Uhr im Saale des „Lidall“, Behler Str.

Öffentl. Vortrag

nur für Damen über: „Erkennungszeichen herannahender und verborgener Krankheiten sowie die geeigneten Verhütungsmassregeln.“

Referentin: Frau Olga Schommer, hgg. Schriftstellerin. — Eintritt frei.

Verein für Gesundheitspflege etc. L.-Reudnitz-Neustadt.

Donnerstag den 17. April abends 8 Uhr

im grossen Saale der Drei Mühren

Großer Frauen-Krankheiten

Vortrag über: von Frau Dr. Boden-Leipzig. [8572]

Nur Damen haben Zutritt bei freiem Entree.

NB. Vereinsabend in Drei Mühren Donnerstags, im Gasthof L.-Neustadt Dienstags.

Bereitsgärtchenanlage: L.-Anger, Gartenstrasse. Gärten sind noch sehr günstig zu vergeben. Näheres daselbst und in den Vereinsabenden. D. V.

Naturheilverein Leipzig II.

Donnerstag den 17. April abends 1/9 Uhr Vortrag über Geheimmittel und Geheimmittelschwindel von Herrn Dr. Frische-Leipzig.

Gäste willkommen. Eintritt frei. [8576]

Sonntag früh 9 Uhr: Besichtigung v. Winklers Museum. Treffpunkt am Panorama.

Achtung, Schmiede!
Central-Krankenkasse der Schmiede Deutschlands.
(Zahlstelle Leipzig.)
Sonnabend den 19. April 1902.
Zweites Stiftungsfest
in beiden Sälen der Flora, Windmühlenstr.
bestehend in
Konzert und Ball.
Anfang 1/9 Uhr. Ende 11
Programm 15 Pfg.
Ergebnis ladet ein Das Komitee.



Automaten-Restaurant
Hainstrasse 26.
Größte Sehenswürdigkeit Leipzigs
Circa 100 Automaten im Betrieb.
U. a.: Die berühmte Strassburger Uhr.
Vorzügliche Speisen und Getränke.
Weine und Bière à Glas 10 Pfg.
Belegte Brötchen à 10 Pfg.
Erste Etage
Komfortable einger. Café mit Billard.
Hochachtungsvoll
Robert Streubel.

Wegen anderweitiger Vermietung des Lokales
müß das gesamte Lager
bestehend in
Schuhwaren, Herren- u. Knaben-Konfektion
Wäsche, Hüte, Mützen, Schirme, Stöcke
allerschnellstens vollständig geräumt sein. Deshalb findet ein
Total-Ausverkauf
bei bedeutender Preisherabsetzung statt.
Die letzten Ausverkaufspreise sind an den Waren deutlich verzeichnet. [8562]

Nr. 7 Nürnberger Straße. J. Joske Nürnberg Nr. 7.

Der gemischte Chor des
Arbeiter-Vereins Leipzig
sucht stimmbegabte Damen und Herren
als Mitglieder. [8514]
Rechnungsführer jed. Donnerstag abend
von 9 bis 11 Uhr in Stadt Gotha,
Große Fleischergasse 14, III.

Billige u. gute Möbel
aus erster Hand:

Schränke, 1thürig	16
Schränke, 2thürig	19
do. 3thürig	22
Wasserschrank, 2thürig	26
Muschelschränke	30
Schulenschränke (groß)	38
Polierte Schränke	45-120
Bettsofa mit Muschelaufflag	30
Schreibtisch, do.	38
Polierter Schreibtisch	80-120
Bettstelle mit guter Matratze	26
do. halbfrauzösl. m. Federmatr.	32
do. gr. franz. m. sehr guter Matr.	40
Sofa, neu, gutes Polster	30
Ditoman, Lehn u. Abklappen	35-60
Büsch-Ditomanen	65
Büsch-Sofa	80
Büsch-Wahlstühle	120-400
Büschliche mit Schrant	16
Sofatische	16-18
Ausgeglichene	20-24
Rückenstühle mit Glas	24
Spiegel	von 3-30
Trumsaug	30-120
Stühle	3.50-10
Vorhallen	30-60
Ganze Wirtschaften v. 180-3000	

feld am Sager.
Musterschrank in 1., 2., 3. u. 4. Etage.
Bei entsprechender Anzahlung
Teilzahlung gestattet.
Nur eigenes Fabrikat.
Garantie für gute Arbeit. Transport frei.

Möbelfabrik
mit Dampfbetrieb [8400]
(Central-Möbelhalle)
Leipzig, Bayerische Str. 24.
Gr. Ausw. in Damierfeld, Wäsche, fast neu,
verf. 5 Fr. Lory, Barfusg. 7, II. b. d. Markt

Geschäfts-Veränderung.
Der geehrten Einwohnerschaft von Sommerfeld und Umgegend
zur gefälligen Kenntnissnahme, dass ich am heutigen Tage meine seit 25 Jahren
betriebs Fleischerei an Herrn Karl Saro übergeben habe. Für die
mir in diesen langen Jahren in so reichem Masse geschenkte Vertrauen bestens
dankend, bitte ich, dasselbe auf meinem Nachfolger gefälligst übertragen zu wollen.
Sommerfeld, 15. April 1902. **Ergebenst Adolf Bormann.**

Auf Obiges Bezug nehmend, bitte ich die verehrliche Einwohnerschaft von
Sommerfeld und Umgegend, das meinem Vorgänger entgegengebrachte
Vertrauen gefälligst auf mich übertragen zu wollen und mich in meinem Unter-
nehmen zu unterstützen. Gleichzeitig verpfehle ich, dass ich mich dieser Ver-
trauens würdig zeigen werde durch Lieferung **nur bester Fleisch- und**
Wurstwaren, sowie **aufmerksamste Bedienung** meiner werten
Kundschaft, und sehe daher recht zahlreichem Zuspruch entgegen.
Sommerfeld, 15. April 1902. [8581] **Achtungsvollst Karl Saro.**

Billig! Billig!
25 Sofas
sind einzeln mit 5 Mk. An-
zahlung u. wöchentlich 1 Mk.
Abzahlung abzugeben.
S. Osswald
Rudwigplatz 7, I.
gegenüber der Markthalle.

Kinderwagen „Strenuabor“:
Hier
ist die
billigste
Bezugs-
quelle.
Prüft und wählt beim
Barth, Kurprinzstrasse 24
Ede Windmühlenstr.

Cigarren, Cigaretten
Kautabak (Genossenschaft)
empfehlen **E. Poppe, Lindenau**
220) Merseburger Str., a. d. Ratswache.
Gr. Ausw. v. dm. Konariendödel,
Gedauer, Ritzl, Rest, Charp., Eierbrot,
hochf. Sommerribsen, 5 Pfg. 1.10 Mk., Str.
19 Mk., Ameisenier, Mehlw., ital. Goldf.
10 Pfg. empf. **Max Kraft, Poststr. 18.**

Schreibwaren, Rektographenbl., Copier- u.
autogr. Pressen, Schreibbest.,
Wolfspielkarte, Spielkarten,
Contobücher, Brief- und Zel-
tungsordner.
Ganz vorzügliche
Sämereien und
Knollengewächse
empfehlen in
bekannter, zuverlässiger Qualität
zu billigen Preisen
Schneider & Fritzsche
Leipzig
2 Windmühlenstrasse 2
gegenüber der Markthalle.
Fahrrad bill. z. verf. Co., Lange Str.